33. Jahrgang
Mai 2021

Schwäbische Lehrerzeitung 2

Zeitschrift des Bezirksverbandes Schwaben im Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V.

ROLAND Sicher im Recht.

Der Kinderschutzbund
Bundesverband

BLLV Wirtschaftsdienst Nutzen Sie Ihren BLLV-Vorteil! Jetzt kostenlos informieren unter: 0800-2867626 oder www.bllv-wd.de

Wählen gehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
für uns in Bayern ist 2021 ein Superwahljahr. Im September dürfen wir nicht nur eine neue Bundesregierung wählen; vom 22. bis 24. Juni stehen landesweit die Personalratswahlen an – auch in Schulen und Schulämtern. Alle Beschäftigten auf Schulamtsebene können mit der Abgabe ihrer Stimme ihren Personalrat (ÖPR) vor Ort, den Bezirkspersonalrat (BPR) auf Regierungsebene und den Hauptpersonalrat (HPR) auf der Ebene des Ministeriums für Unterricht und Kultus entscheidend stärken.

Starke Partner: BLLV und Personalrat

Bei den Personalratswahlen gibt Ihre Stimme uns „MEHR KRAFT“ und macht uns stark! Jedes abgegebene Votum entfaltet politische Signalwirkung und untermauert die Positionen des BLLV in politischen Verhandlungen. Nur durch die Präsenz des BLLV auf allen Personalratsebenen und die enge Verzahnung der Tätigkeitsfelder bewirken wir Veränderungen. Wir setzen uns für die Interessen und Anliegen der Kolleginnen und Kollegen, bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte und zukunftsfähige Schule für alle Beteiligten ein. Als verlässlicher Partner auch in schwierigen Zeiten vertritt der BLLV eindeutige Positionen und wirft als bedeutendster Lehrerverband in Bayern das ganze Gewicht seiner 66.000 Mitglieder (in Schwaben 7.000) in die politische Waagschale.

Inhalt

Editorial 3
Mehr Kraft 4
Personalratswahlen 8
Unterrichtspraxis 18
BNE – Bildung für nachhaltige Entwicklung 20
Dienstrecht 22
Rechtsschutz 23
Berufswissenschaft 25
Fachgruppen 26
Junger BLLV 28
Pensionisten 30
Kreisverbände 31
Impressum 35

Personalrat gefragt wie nie

Die Bewältigung der Pandemie verlangt den Kolleginnen und Kollegen viel ab. Die dünne Personaldecke und der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften erschwert ihre Arbeit zusätzlich. Ureigene Aufgaben der Personalräte wie die Mitbestimmung bei Einstellungen, Beförderungen, Besetzungen von Funktionsstellen und bei Versetzungen werden derzeit überlagert durch pandemiebedingt stets wechselnde Fragestellungen. Landauf landab ringen Personalräte täglich um gute Lösungen: Bei der Einführung und Digitalisierung des Distanzunterrichts, beim Schutz von Schwangeren und vorbelasteten Lehrkräften in Risikogruppen, bei der Begrenzung der Unterrichtsbesuche im Distanzunterricht genauso wie bei der Umsetzung der dienstrechtlichen Notmaßnahmen zur Sicherung des Unterrichts, der Anhebung des Antragsruhestandes und der Teilzeiterhöhungen.

Die vielen der mit Unterstützung der BLLV-Personalvertretungen und in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Beamtenbund erreichten Verbesserungen sind in der neuen Broschüre der Abteilung Dienstrecht und Besoldung des BLLV zusammengefasst. Diese liegt in Ihrer Schule aus.

BLLV stärken – Zukunft gestalten – „MEHR KRAFT“ geben

Die Gestaltung der Zukunft in einer sich rasant verändernden Gesellschaft stellt Personalvertretungen und den BLLV als politisch agierenden Verband vor immense Herausforderungen: Themen wie Integration und Bildungsgerechtigkeit, Demokratie- und Wertebildung stehen neben der Entwicklung von Unterstützungsangeboten für benachteiligte Kinder, gleichen Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, Verbesserungen der Rahmenbedingungen und Behebung des Lehrermangels.

Der BLLV und seine Personalrätinnen und -räte verhelfen Ihnen zu Ihrem Recht. Mit hohem Engagement setzen sie sich für Sie ein: zuverlässig – unabhängig – kompetent – ehrlich – direkt.

Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Geben Sie den Personalrätinnen und Personalräten Ihre Stimme und „MEHR KRAFT“. Denken Sie an die Möglichkeit der Briefwahl.

Helfen Sie mit! Ich baue auf Ihre Unterstützung und Solidarität.

Herzlichen Dank!
Ihre Bezirksvorsitzende
Gertrud Nigg-Klee

Gespräch mit Carolina Trautner, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Gemeinsam mit meiner Stellvertreterin Gabi Schneid führte ich im März 2021 ein sehr interessantes und konstruktives Gespräch mit der Bayerischen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Frau Carolina Trautner. Unsere Anliegen zu Unterstützungsmöglichkeiten benachteiligter Kinder, zum Beispiel durch multiprofessionelle Teams, Ausbau aufsuchender Erziehungsberatung, ständige Erreichbarkeit der Beratungsstellen, das Zusammenwirken von Schulpsychologen und Beratungsstellen haben wir intensiv diskutiert.

Aufsuchende Erziehungsberatung wird ausgebaut. Beratungsstellen bleiben trotz der Pandemie immer erreichbar und im Notfall sind auch Hausbesuche möglich. Das Zusammenwirken von Schulpsychologen und Beratungsstellen soll intensiviert werden. Zur Hortsituation konnten wir die Themen der digitalen Ausstattung und der personellen Situation einbringen. Auf offene Ohren sind wir gestoßen mit unserem Anliegen zu den Vorkursen Deutsch und der Frühförderung. Die Vorkurse Deutsch und die Frühförderung sind während des Lockdowns weitergelaufen, so die Ministerin. Um das Angebot der Vorkurse Deutsch auch in Pandemiezeiten fortführen zu können, wurden Onlinefortbildungen in Form von Workshops für interessierte VorkursreferentInnen angeboten. Ein weiterer Baustein sind sogenannte digital buchbare Konferenzräume für gemeinsame Fortbildungen der TandempartnerInnen von Kita und Schulbereich. Zu den Planungen zur Fortführung der Vorkurse Deutsch wurde mitgeteilt, dass sich das Familienministerium und das Kultusministerium in bewährter enger Abstimmung befinden, um auch in Zukunft die „Vorkurse Deutsch 240“ für beide Seiten erfolgreich durchführen zu können.

Carolina Trautner, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Abschließend konnten wir noch auf das Auslaufen der Berufseinstiegsbegleitung (ESF-Programm) verweisen und nachfragen, welche adäquate Förderung es zukünftig für die sozial schwierigen und schwachen Jugendlichen geben wird.

Es ist der Ministerin ein wichtiges Anliegen. Eine Stärkung der JaS stellte sie in Aussicht. Und das Programm „Fit for Work“ läuft weiter. Hinzu kommen die ESF-Förderungen für das Gebundene Ganztagsangebot für Deutschklassen, Praxisklassen an Mittelschulen und für das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) „Neustart“.

Die Stärkung von Kindern und Jugendlichen war der Anlass für die Studie „Kontaktlos“. Sie bietet Online-Unterstützungsangebote in der aktuellen und nachfolgenden Situation, wenn Kinder und Jugendliche in unterschiedliche Schwierigkeiten geraten sind und Hilfe brauchen.

Als Bayerische Ministerin für Familie, Arbeit und Soziales hat Carolina Trautner seit 1. Januar 2021 den Vorsitz der Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) inne und wählte für ihre Amtszeit das Thema Partizipation. Dazu fand am 30. April 2021 eine Kinder- und Jugendkonferenz statt. Die Ergebnisse sind in die JFMK-Hauptkonferenz am 6. Mai 2021 eingeflossen.

Danke an unsere schwäbische Ministerin für die Zeit und das wertvolle Miteinander.

Gertrud Nigg-Klee
Vorsitzende BLLV Schwaben

Gabriele Schneid
2. Vorsitzende BLLV Schwaben

Mehr Kraft – Schulalltag in der Pandemie

Als wir bei der Redaktionssitzung die Themen verteilten, über die geschrieben werden sollte, durfte natürlich Corona nicht fehlen. Die aktuelle Lage an den Schulen. Doch wie soll das gehen, wenn die nächste Ausgabe in vier Wochen erscheint? Es ist das prägende Merkmal von Corona, dass sich die Situation in immer kürzeren Abständen völlig ändert und was gerade noch aktuell war, veraltet ist und nicht mehr gilt.

Präsenzunterricht, Wechselunterricht, Distanzunterricht, in den Abschlussklassen, in der Grundschule, in allen Jahrgangsstufen, bei einer Inzidenz unter 50 oder über 50, oder gar bei 100 in den Abschlussklassen? Mit freiwilligen Selbsttests, oder verpflichtenden? Dürfen die, die sich nicht testen lassen, kommen oder nicht? Wer muss unter welchen Umständen in Quarantäne und ist man davon befreit, wenn man eine FFP2-Maske getragen hat? Wer wird geimpft? Nur Kollegien an Grund- und Förderschulen oder gibt es endlich Impfangebote für alle Schularten? Welcher Impfstoff wird verwendet? AstraZeneca oder doch Biontech? Wie laufen die Abschlussprüfungen ab und darf Sportunterricht stattfinden? Die Liste der Fragen ließe sich noch endlos fortsetzen. Aber auf all diese Fragen gibt es Antworten.

Diese kommen völlig willkürlich zu jeder Tages- und Nachtzeit per OWA, in Form von seitenlangen Schreiben an die Schulen. Wenn man als Schulleiter Glück hat und das Postfach öffnen kann, kämpft man sich durch die Änderungen und Neuerungen durch, fasst diese zusammen und informiert Eltern, Schüler und das Kollegium. Es ist uns natürlich allen bewusst, dass auch andere Branchen mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben und dass wir, als Beamte, wesentlich besser dastehen als Menschen, die um ihre Existenz bangen müssen, weil sie in der Gastronomie arbeiten oder als Kulturschaffende ihr Geld verdienen. Wir sind deshalb gerne bereit, unseren Beitrag zu leisten und Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Wir sind aber nicht bereit, unprofessionelles Politmanagement auszubügeln oder uns gar noch für die berechtigte Forderung, allen Lehrkräften Impfangebote zu machen, mit Häme und beleidigenden Äußerungen von Politikern, wie beispielsweise Franz-Josef Pschierer, überschütten zu lassen.

Hier geht es um unsere Gesundheit und – Stand jetzt, Ostern 2021 – gibt es weder Testpflicht für Schüler noch Impfangebote für alle Lehrerinnen und Lehrer. Sollte sich das beim Erscheinen dieses Artikels geändert haben, wovon wir eigentlich ausgehen, verdanken wir das nicht der unermesslichen Güte unseres Dienstherren, sondern in erster Linie dem starken und engagierten Auftreten Simone Fleischmanns und des BLLVs, die diese selbstverständliche Forderung mit Vehemenz vertreten haben.

In der Coronazeit wird mehr und mehr deutlich, wie wichtig ein starker Verband ist. Der BLLV tritt auf allen Ebenen mit Kompetenz, Sachverstand aber auch mit klaren Ansagen und Forderungen für die Kolleginnen und Kollegen ein. Mehr Kraft, der Slogan zur PR Wahl, bringt es auf den Punkt. Ein starker Verband ist in Zeiten wie diesen mehr denn je gefragt, um zu verhindern, dass auf unserem Rücken Lasten abgeladen werden, die bei allem Verständnis für die Situation, nicht mehr tragbar sind.

Gabriele Schneid
2. Vorsitzende BLLV Schwaben

Gerhard Schurr
3. Vorsitzender BLLV Schwaben

Zweiklassensystem in der Schullandschaft?

Auswirkungen von Arbeitszeitkonto, Mindestteilzeit und Antragsruhestand

Zum Schuljahr 2020/21 wurde zur Sicherung der Unterrichtsversorgung ein Maßnahmenpaket geschnürt, welches Einschränkungen für Lehrkräfte an Grund-, Mittel- und Förderschulen brachte. Die arbeitsmarktpolitische Antragsteilzeit wurde für Förderschulen auf eine wöchentliche Mindeststundenanzahl von 23 sowie für Grund- und Mittelschulen auf 24 Wochenstunden festgelegt. Vorzeitiger Antragsruhestand mit 64 ist an Grund-, Mittel- und Förderschulen sowie an Schulen für Kranke seitdem nicht mehr möglich. Für Grundschullehrkräfte wurde das Arbeitszeitkonto wieder eingeführt. Mit der fünfjährigen Ansparphase von einer zusätzlichen Unterrichtsstunde beginnt im kommenden Schuljahr 2021/22 bereits die zweite Kohorte, nämlich alle von August 1970 bis 1978 geborenen Grundschullehrkräfte.

Aus der Vergangenheit kennen wir Mehrarbeit. Vor zwanzig Jahren im Schuljahr 1999/2000 gab es aber keinen so großen Aufschrei wie heutzutage. Was war damals anders?

Ganz klar, zu jener Zeit waren ALLE Schularten betroffen. Es gab für das verpflichtende Arbeitszeitkonto zwei Staffelungen, eine nach Alter und eine nach Schulart. Bei der Altersstaffelung begannen bei der ersten Hälfte diejenigen, die zum Ansparschuljahr das 44. Lebensjahr (an Berufsschulen das 43. Lebensjahr, an Realschulen und Gymnasien das 42. Lebensjahr) vollendet hatten und vor Vollendung des 55. Lebensjahres standen, die übrige Hälfte war damals ein Jahr später an der Reihe. In der Regel folgte auf die fünfjährige Ansparphase der zusätzlichen Mehrarbeitsstunde eine dreijährige Wartezeit bis nach acht Jahren die Ausgleichsphase mit einer Stunde weniger kam.

Eine Ausnahme gab es allerdings damals schon für Lehrkräfte an Gymnasien: Sie hatten nur eine einjährige Wartezeit. Die Summe aus Ansparphase und Wartezeit betrug bei ihnen nur sechs Jahre, weil der Beginn der Ausgleichsphase festgelegt war. Daraus wird ersichtlich, dass die Bedingungen für die Personalsituation an Gymnasien schon vor zwanzig Jahren besser waren! Man wusste genau, es wird wieder mehr Lehrkräfte an den Gymnasien geben und konnte somit die angesparten Stunden früher zurückgeben.

2020 war es nun so, dass im Gymnasium gar keine Mehrarbeit erforderlich war und rund 2.800 Bewerber nicht angestellt wurden. Hingegen in der Förder- und Mittelschule war die Einführung eines Arbeitszeitkontos gar nicht möglich, weil die Wartephase bis zu einer Ausgleichsphase nicht absehbar war und in den nächsten Jahren so bleiben wird. Aufgrund des viel zu großen Lehrermangels an den Förderzentren und Mittelschulen ist es unmöglich, in absehbarer Zeit (man bedenke den Zeitraum eines Jahrzehnts!) in die Ausgleichsphase zur Rückgabe der Mehrarbeitsstunde zu kommen. In der Grundschule wird es wie vor zwanzig Jahren praktiziert, jedoch wird die Altersgrenze um ein Jahr angehoben auf 56 anstatt der 55 von früher. Ein älterer Jahrgang mehr, der eine Stunde Mehrarbeit leisten muss! Diese Annäherung ans Lebensalter mit Anspruch auf Altersermäßigung ist keine schöne Entwicklung.

Der Vergleich der Umsetzung des Arbeitszeitkontos heutzutage mit dem vor zwanzig Jahren zeigt zwei deutliche Auffälligkeiten:
Zum einen wie drastisch der Lehrermangel an der Mittelschule und im Förderschulbereich ist. Dem muss dringend entgegengesteuert werden! Ohne ausreichend Personal ist eine Förderung unserer besonders förderbedürftigen Schüler an diesen Schulen unmöglich! Ja, wir wissen, es ist eine besondere Herausforderung, eine Mammutaufgabe diesen Kindern und Jugendlichen in der Mittelschule und an Förderzentren gerecht zu werden! Kein leichter Job! Aber ohne Personal kann ein Staatsauftrag nicht erfüllt werden für unsere Gesellschaft!

Zum anderen lässt sich klar erkennen, in der Grundschule verschlechtern sich zusehends die Arbeitsbedingungen für ältere Kollegen. Was passiert mit ihnen in zehn, zwanzig, dreißig Jahren? Es ist für Grundschullehrkräfte auch absolut nicht nachvollziehbar, dass sie mit der ohnehin größten wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung als einzige Lehrergruppe zusätzlich mit Arbeitszeitkonto belastet werden und dass dann genau mit dem aus dieser Mehrarbeit gewonnenem Stundenkontingent Grundschullehrkräfte an Mittelschulen und Förderzentren eingesetzt zu werden, um dort den Personalnotstand abzudecken.

Die Kollegen haben zurecht Sorge, dass sie sich in ferner Zukunft in einem Korsett in der Schulart Grund- und Mittelschule sowie Förderschule befinden.

Denn es gibt im Beamtentum an keinem öffentlichen Amt, dass Teilzeitkräfte plötzlich die Arbeitszeit um 60 Prozent erhöhen müssen. So mancher Lehrkraft an Grund-, Mittel- und Förderschulen ist dies jedoch unfreiwillig passiert, als der Bestandsschutz ihrer Teilzeit durch die Einführung der arbeitsmarktpolitischen Mindestteilzeit aufgehoben wurde. Jahrelang konnte sie 15 Wochenstunden arbeiten, brachte so den kräfteraubenden Job mit Familie unter einen Hut und musste von einem Schuljahr auf das andere die verpflichtende Mindestanzahl von 24 Wochenstunden unterrichten. Wenn dies so einfach für sie wäre, hätte sie schon früher ihre Arbeitszeit freiwillig aufgestockt, um mehr Geld zu verdienen. Doch um gesund und dienstfähig zu bleiben, reduzierten sie ihre Arbeitszeit mit Verzicht auf monatliches Gehalt. Das Bittere für solche Lehrkräfte ist der Blick zu den anderen Schularten, die ihre arbeitsmarktpolitische Teilzeitstunden frei wählen können, ohnehin eine geringere Unterrichtsverpflichtung haben und dazu noch mit einem höheren Gehalt entlohnt werden. Die Vollzeit der Unterrichtsverpflichtung an Realschulen und Gymnasien ist die neue Teilzeit an Grund- und Mittelschulen sowie an Förderschulen!

Auch bei Lehrkräften gilt wie für alle Beamten die gesetzliche Ruhestandsregelung mit 67. Wer auf Geld verzichtet, kann

auf Antrag vorher in den Ruhestand gehen. Es kann doch nicht sein, dass nur bei Grund-, Mittel- und Förderschullehrkräften sowie an Schulen für Kranke aufgrund des gravierenden Lehrermangels das Antragsrecht auf Ruhestand mit 64 als einzige Beamtengruppe ausgesetzt wird, während für Beamte im öffentlichen Dienst und an den anderen Schularten weiterhin interessante Altersteilzeitmodelle winken und Antragsruhestand mit 64 möglich ist. Währenddessen eine spezielle Lehrergruppe erst mit 65 Jahren in den Antragsruhestand gehen kann! Müsste es in einem Sozialstaat nicht für alle Beamten einheitliche Ruhestandsregelungen geben?

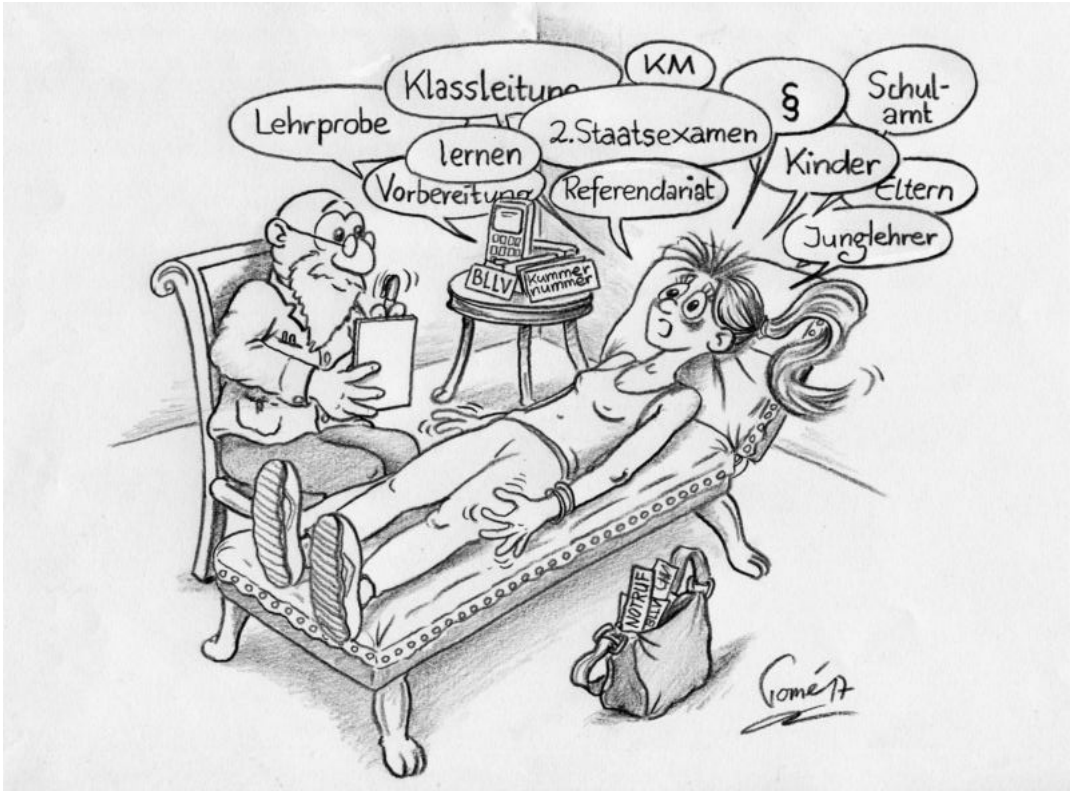
Es ist nicht gerecht und nur schwer vermittelbar, wenn ausgerechnet die Lehrkräfte an Grund-, Mittel-, Förderschulen sowie an Schulen für Kranke, die alles für die besondere Förderung der schwächeren Bürger unseres Staates tun, schlechtere Bedingungen haben als ihre Kollegen an anderen Schularten, die die Elite unseres Staates unterrichten dürfen!

Welche Schulart werden wohl künftig junge Berufsanfänger auf diesem Hintergrund wählen? … Genau! Deshalb gibt es dort auch einen Überhang an Lehrkräften, die keine Anstellung finden und auf Staatskosten umsonst ausgebildet werden.

Wir kommen in einen Teufelskreis, der nicht zum Wohle der Gesellschaft beiträgt. Der Staat als Arbeitgeber hat eine Fürsorgepflicht für seine Lehrkräfte an all seinen Schularten! Es muss doch eine Verlässlichkeit vom Staat geben: Wenn ich Lehrer werde, egal an welcher Schulart, muss ich die gleichen Rechte und Möglichkeiten für Teilzeit und Antragsruhestand haben! Die Kluft in der Anzahl der Unterrichtsverpflichtung an den einzelnen Schularten darf nicht noch größer werden, sondern sollte endlich gerecht geregelt werden!

Unsere Bayerische Regierung löst ein Personalproblem mit „Arbeitszeitkonto, Mindestteilzeit, Sonder-(baren) Antragsruhestand“ in einer Teilgruppe und schafft dadurch ein Neues: ein Zweiklassensystem in der bayerischen Lehrerschaft!

Gudrun Meier
Vorstandsmitglied BLLV Schwaben



Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat

Gruppe Lehrer an Grund- und Mittelschulen

Für den Bezirkspersonalrat in der Gruppe Lehrer an Grund- und Mittelschulen stellen sich über 50 Kandidatinnen und Kandidaten aus Schwaben zur Wahl. Das Engagement und die Bereitschaft ist sehr erfreulich. Wir stellen die größte Liste und zeigen damit unsere Stärke. Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist die Personalvertretung wichtiger den je. Machen Sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch und unterstützen Sie die BLLV-Kandidatinnen und Kandidaten! Geben Sie mit Ihrer Stimme uns die MEHR KRAFT für eine erfolgreiche Weiterarbeit im Bezirkspersonalrat. Wir stehen für Kontinuität und Kompetenz. Gemeinsam sind wir stark für Schwaben!

GERTRUD NIGG-KLEE

Vorsitzende des Bezirkspersonal-rates, Mitglied im Hauptpersonalrat, 1. Vorsitzende im BLLV Schwaben sowie Mitglied im Landesvorstand

Wir sind immer für Sie da!

Ihr Vertrauen ist unser Auftrag.

BLLV SCHWABEN

MARKUS REHLE

Konrektor und Leiter des Referats Dienstrecht und Besoldung im BLLV Schwaben

Als Personalrat informiere, unterstütze und berate ich verstrauensvoll alle Beschäftigten.

KATHARINA WEZEL

Grundschullehrerin und Leiterin des Referats Schul- und Bildungspolitik im BLLV Schwaben

Leben und Arbeiten ohne Mitbestimmung und Mitgestaltung kann ich mir nicht vorstellen.

BLLV

GABRIELE SCHNEID

Mittelschullehrerin, 2. Vorsitzende im BLLV Schwaben sowie stv. Vorsitzende im Bezirkspersonalrat

Mir ist wichtig, Kolleg:innen zu beraten, ihre Anliegen gegenüber der Dienststelle zu unterstützen und gute Lösungen zu finden.

CHRISTIAN GERHART

Fachlehrer und Geschäftsführer im BLLV Schwaben sowie Mitglied im Bezirkspersonalrat

Christian Gerhart

"Personalratsarbeit ist Mitwirkung zum Wohl ALLER Beschäftigten. Dafür setze ich mich ein."

Roland Grimm

ROLAND GRIMM

Mittelschullehrer und EDV/Mitgliederbetreuer, stv. Rechtsreferent, Datenschutzbeauftragter im BLLV Schwaben sowie Mitglied im Bezirkspersonalrat

MEHRKRAFT.BLLV.DE

"Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist Grundlage der Personalratsarbeit und ermöglicht zielführend Anfragen und Personalmaßnahmen anzugehen. Das schätze ich an dieser Aufgabe."

KATHRIN LANGENEGGER

Grundschullehrerin und Vorsitzende des Jungen BLLV Schwaben

Kathrin Langenegger

"DIE Möglichkeit, die Interessen von Junglehrer:innen (vor)anzubringen."

REBECCA LANGENWALTER

Mittelschullehrerin und stv. Leiterin des Referats Berufswissenschaft im BLLV Schwaben

Rebecca Langenwalter

"Engagiert und aktiv für die Interessen der Kollegen:innen einstehen"

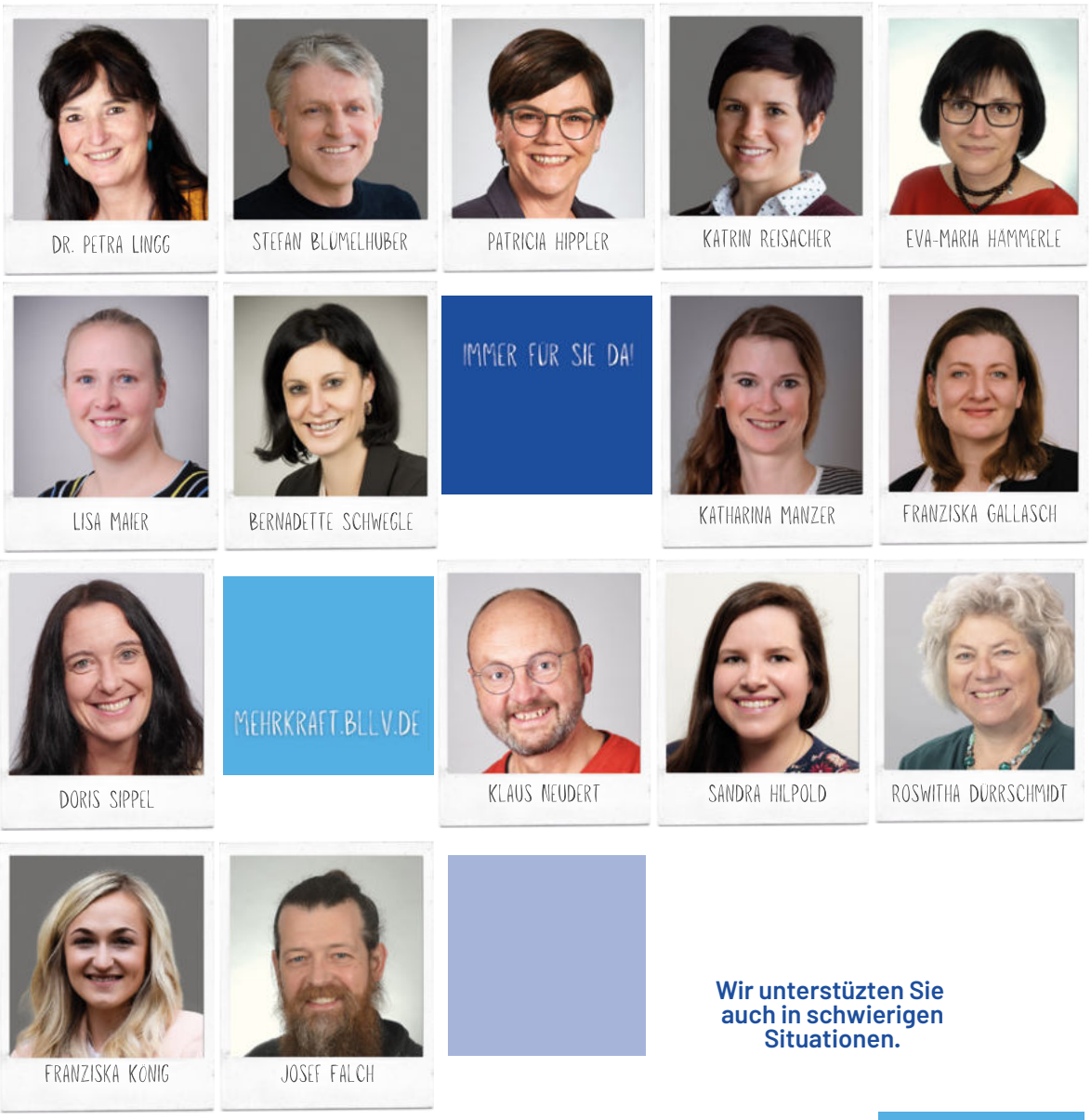
BLLV

ALEXANDRA HEGER

Rektorin einer Grundschule und Schatzmeisterin im BLLV Schwaben

Alexandra Heger

GUDRUN MEIER
PATRICIA LAUBE
ANGELIKA THOME
MEHRKRAFT.BLLV.DE
GERHARD SCHURR
JÖRG FAßNACHT
DANIELA BAUMANN
ROLAND WÄCHTER
FRANK HORTIG
GUDRUN ADOMAT
ANGELA KRAPP
BLLV
ENNO HORSGEN
MARTINA RITZEL
BIRGITTA BAUMANN-STROBEL
CHRISTINA OST
VERENA HÄUßLER
NICOLETTA SCHELLDORF M.A.
ANGELIKA BAYER
KIRSTIN SCHERER
THOMAS HEILAND
JESSICA THIE
PERSONALRATS-WAHL 2021
REINHARD GOGL
ANITA BAUEREISEN
ANJA PETERMANN
DIANA REHLE
MONA SIEGEL
MELANIE FISCHER
LUISA PRINZING



Wir unterstützen Sie auch in schwierigen Situationen.

Wir vertreten Ihre Interessen mit viel Expertise und Fachwissen.

MEHR KRAFT

Wir setzen uns für Sie ein.

Weitere Informationen unter
mehrkraft.bllv.de

Ihre Kandidaten für den Bezirkspersonalrat

Gruppe Arbeitnehmer

Für die Gruppe Arbeitnehmer stellen sich folgende Kollegen:innen zur Verfügung. Wählen Sie am 22./23./24. Juni 2021 unsere Fachfrauen und -männer, damit wir Ihre persönlichen Anliegen auch in Zukunft weiterhin erfolgreich vertreten können.

MILENA HÄRTEL

Verwaltungs-angestellte
und stv. Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer im Bezirkspersonalrat, Mitglied der Fachgruppe Verwaltungsangestellte im BLLV Schwaben

MEHRKRAFT.BLLV.DE

„Durch den Einblick und die langjährige Tätigkeit in der Personalratstätigkeit freue ich mich, Kollegen:innen mit aktuellen Informationen weiterhelfen zu können."

PETRA SPEISER

Verwaltungs-angestellte

BLLV

BRIGITTE LEHENBERGER

Verwaltungs-angestellte

JUTTA HOLZHAUSER

Verwaltungs-angestellte

TORSTEN SCHROTH

Fachlehrer

NICOLE SEIBOLD

Verwaltungs-angestellte

Deine Kandidaten für den Bezirkspersonalrat

Jugend- und Auszubildendenvertretung

Deine Stimme durch uns im Personalrat! Für die "Jugend- und Auszubildendenvertretung" im Bezirkspersonalrat stehen zwölf Kolleginnen und Kollegen zur Wahl.
Hier bekommst du einen Überblick.
Der BLLV freut sich über deine Unterstützung bei der Wahl!

ALEXANDRA GODYN

Fachlehrerin, Vertreterin der Jugend- und Auszubildenden im ÖPR, Webmasterin des Jungen BLLV Schwaben sowie Kandidatin für den HPR

„Für mehr Gerechtigkeit auch in der Ausbildung und im Referendariat!"

WIR SIND FÜR DICH DA!

WIR BRAUCHEN DEINE STIMME

MUSAB AKGÜN

Lehramtsanwärter an der Grundschule sowie Kandidat für den HPR

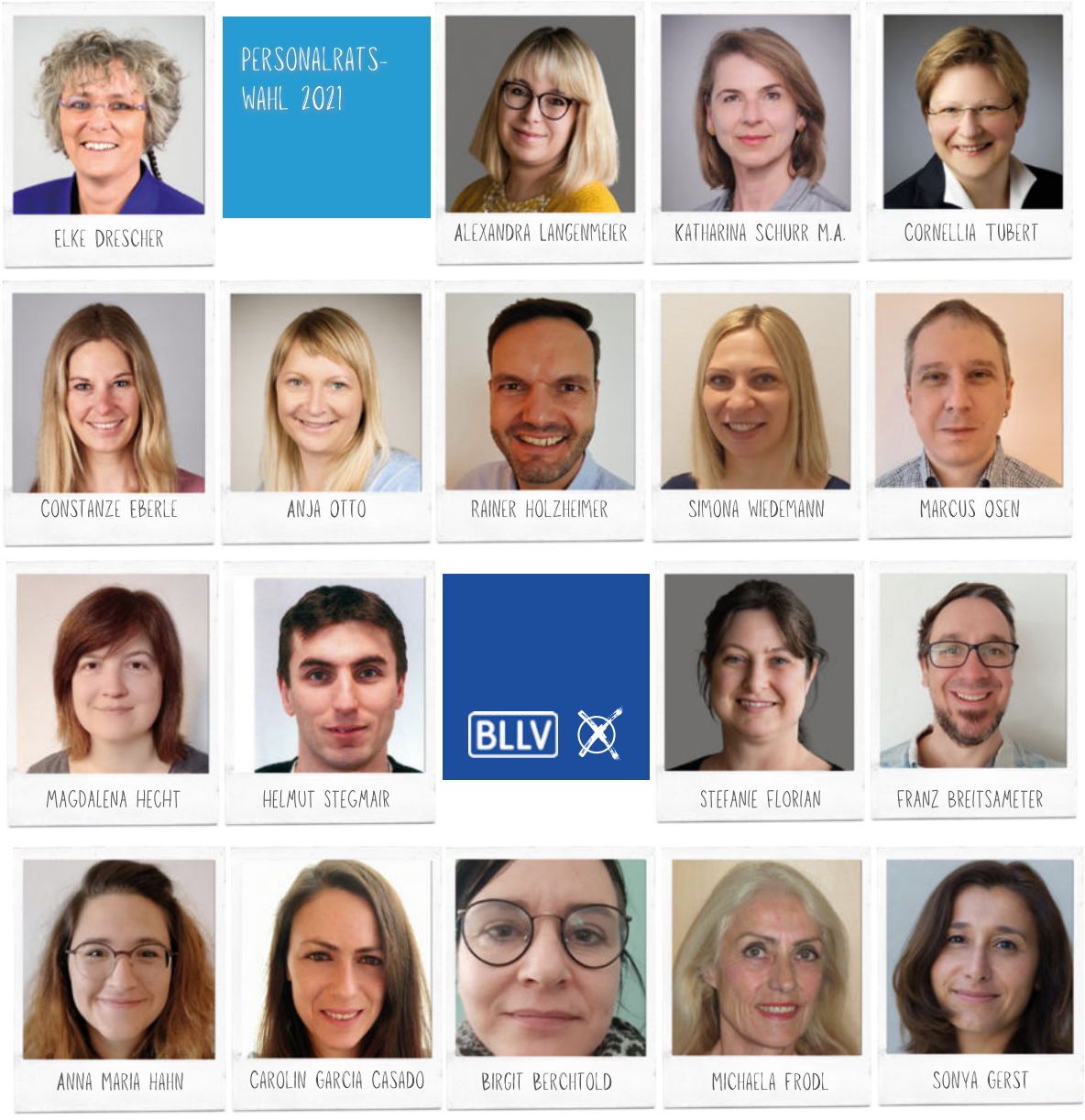
„Ich möchte keine Nebelkerzen, sondern echte Veränderungen, die jede Lehrkraft spürt."

Personalrat der Förderschulen und Schulen für Kranke

Die Listen für den Personalrat an Förderschulen und Schulen für Kranke sind gut aufgestellt.
In der Gruppe der Beamten stellen sich 28 Kolleg:innen zur Wahl. Neben den bisherigen Personalrät:innen haben wir neue Lehrer:innen überzeugen können, sich aktiv in der Personalratsarbeit einbringen zu wollen. Dies bringt sicherlich auch einen guten frischen Wind in die Arbeit.
Bei der Gruppe der Arbeitnehmer:innen sind auf der Liste „BBB" Kandidatinnen vom BLLV! Es sind sehr engagierte Kolleginnen, die Sie hier aktiv und gut vertreten.

Die BLLV-Kandidat:innen freuen sich über Ihre Unterstützung bei der Wahl! Geben Sie uns IHRE Stimme, damit wir weiterhin für SIE da sein dürfen und weiterhin den Vorsitz im Personalrat stellen dürfen!

Gruppe Beamte



WOCKEL STEPHANIE

FLORIAN WUTZER

KATHRIN SCHNELL

ALEXANDER HARTUNG

MICHAELA KLEINLE

DAVID ECHTNER

HEIKE KOWALEWSKI

MONIKA SCHULZ

GABRIELE FRODL

ELKE KAWAN

Gruppe Arbeitnehmer Liste des BBB

DANIELA DURANT

NICOLE KIECHLE

IHRE BLLV-KANDIDATINNEN

RENATE OHMAYER

CAROLINE DROSE

Was haben wir bisher in den 6 Jahren unter Vorsitz des BLLV im Personalrat erreicht?

Die Gesundheit und die herangetragenen Probleme und Nöte der Beschäftigten sind uns sehr wichtig.
In Personalversammlungen wurden immer wieder verschiedene Themen zur Gesundheit angesprochen. Auch die einzelnen Anfragen der Beschäftigten zeigen, dass dies ein großes Thema ist. Wir bleiben dran!
In Pandemie-Zeiten werden wir nicht müde, für Ihre Sicherheit zu kämpfen. Die Briefe, die an die Regierung und an das Kultusministerium geschickt wurden, haben wir mit PR-Infos veröffentlicht. IHR Gesundheitsschutz steht für uns an erster Stelle.
In Krisensituationen und -gesprächen, die wir begleitet haben, waren wir vor, hinter und neben Ihnen – so wie Sie das wünschten und brauchten! Gerade im vergangenen Jahr haben wir viele von Ihnen beraten und begleitet, als die Liste der Einschränkungen kamen. Wir kämpfen auch weiterhin für Sie!

Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, dass sich Dinge verändern.

Wir hören nicht nur zu, wir handeln auch.

Wir stehen Ihnen jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.

Ihre Kandidaten für den Hauptpersonalrat

Für den BLLV Bezirksverband Schwaben stellen sich für die verschiedenen Gruppen im Hauptpersonalrat folgenden Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl. Als zweitgrößter BLLV Bezirk braucht es eine starke Vertretung im Hauptpersonalrat um die schwäbischen Interessen nachhaltig zu vertreten. Ein starkes Wahlergebnis gibt uns das Gewicht und die MEHR KRAFT für unsere schwäbischen Anliegen.

Gruppe Lehrer an Grund- und Mittelschulen im Hauptpersonalrat

KATHARINA WEZEL

HPR-LISTEN-PLATZ

2

Grundschullehrerin und Leiterin des Referats Schul- und Bildungspolitik im BLLV Schwaben

Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, Mitglied im Hauptpersonalrat, 1. Vorsitzende im BLLV Schwaben sowie Mitglied im Landesvorstand

GERTRUD NIGG-KLEE

HPR-LISTEN-PLATZ

23

HPR-LISTEN-PLATZ

33

MARKUS REHLE

Konrektor und Leiter des Referats Dienstrecht und Besoldung im BLLV Schwaben

Mittelschullehrerin, stv. Vorsitzende im Bezirkspersonalrat sowie 2. Vorsitzende im BLLV Schwaben

HPR-LISTEN-PLATZ

43

GABI SCHNEID

Jugend- und Auszubildendenvertretung im Hauptpersonalrat

ALEXANDRA GODYN

HPR-LISTEN-PLATZ 1

MUSAB AGKÜN

HPR-LISTEN-PLATZ 21

Gruppe Beamte im Hauptpersonalrat

Schulrat

ROBERT KAIFER

HPR-LISTEN-PLATZ 5

Gruppe Beamte in Förderschulen im Hauptpersonalrat

ELKE DRESCHER

HPR-LISTEN-PLATZ 2

ALEXANDRA LANGENMEIER

HPR-LISTEN-PLATZ 16

**Wir für Sie –
Ihre Stimme
im Hauptpersonalrat**

**Sorgen Sie dafür,
dass wir auch in Zukunft
unser Bestes für
den Bezirk Schwaben
geben können.**

**Unterstützen Sie uns
mit Ihren Stimmen!**

Politische Bildung

Teil 1: Theoretische Grundlagen – Was ist politische Bildung eigentlich?

Wussten Sie schon, dass sich der kleinste Wahlbezirk gerade einmal aus neun Personen zusammensetzt? Oder, dass mancherorts in privaten Kellerräumen gewählt wird, da keine geeigneten öffentlichen Räume zur Verfügung stehen? Politik wird oftmals als langweilig und verstaubt angesehen, aber Politik ist alles andere als das. Sie besteht aus vielen verschiedenen Facetten und kann deswegen die unterschiedlichsten Menschen interessieren.

Hindernisse und Begründungen für politische Bildung
Oftmals wird politische Bildung gerade in der Grundschule vermieden, da die Themen sowohl emotional als auch kognitiv, als zu komplex für die SchülerInnen erscheinen. Es wurde lange Zeit davon ausgegangen, dass den Lernenden Politik nicht vermittelt werden kann, da ihr Abstraktionsvermögen noch nicht ausreichend ausgebildet und der Themenbereich aufgrund mangelnder Kompetenzen der SchülerInnen für diese langweilig sei. Dies ist allerdings nicht der Fall. Studien haben gezeigt, dass die politische Bildung zu einer besseren kognitiven und sozialen Entwicklung der Kinder beitragen kann. Außerdem haben die Kinder durch den alltäglichen Kontakt mit Fernsehen, Wahlplakaten, Diskussionen von Erwachsenen u. v. m. ein großes Vorwissen im Bereich Politik. Auf dieses Vorwissen und eventuell ausgeprägte fehlerhafte Präkonzepte, muss die Schule eingehen, um die Kinder sachgerecht auf die politische Realität vorzubereiten. Die politische Bildung kann zudem damit begründet werden, dass die Schule den Fortbestand der Demokratie sichern und die Lernenden zu handlungsfähigen Bürgern ausbilden soll.

Trotz all dieser Erkenntnisse und der Verankerung der politischen Bildung im Lehrplan ist die politische Bildung an den Schulen immer noch eine Rarität.

Didaktische Prinzipien und die Umsetzung der politischen Bildung in der Schule
Bei der politischen Bildung sollte stets darauf geachtet werden, dass wichtige didaktische Prinzipien berücksichtigt werden. Diese wurden beim Beutelsbacher Konsens beschlossen. Sie umfassen das Kontroversitätsprinzip – kontroverse Themen werden kontrovers behandelt und weiter das Überwältigungsverbot. Dieses besagt, dass die Lehrkraft ihren SchülerInnen nicht die eigene Meinung aufdrängen darf. Zuletzt sollen die individuellen Interessen der Kinder berücksichtigt werden, sodass sie die Möglichkeit bekommen, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Natürlich müssen aber, wie in jedem anderen Unterricht, auch andere Prinzipien, wie z. B. die Konfliktorientierung oder das Aktualitätsprinzip beachtet werden.

Es gibt eine Vielzahl an Möglichkeiten, politische Bildung in der Schule zu thematisieren. Sander hat dabei ein anschauliches Modell gestaltet. Dieses Modell ist konzentrisch aufgebaut und zeigt, dass nicht nur im Geschichts-, Sozialkunde- oder HSU-Unterricht die Vermittlung von Politik möglich ist, sondern auch im alltäglichen Schulleben.

Eigene modifizierte Darstellung in Anlehnung an Sander 2014

Auch die konkreten Methoden bei der Vermittlung politischer Lerninhalte sind vielseitig. So kann u. a. das Philosophieren mit Kindern angewandt werden. Dabei werden im Unterricht Sinnfragen der menschlichen Existenz thematisiert, die die SchülerInnen zum Weiterdenken und Infragestellen anregen sollen. Dadurch kann eine individuelle Haltung, wie auch die Entwicklung der Gesprächsfähigkeit erzeugt werden. Weniger bekannt ist die Methode „Lernen durch Engagement", die aus der USA kam und heute ein Schattendasein führt. Bei dieser Methode gestalten die Kinder ein Projekt, passend zum aktuellen Thema. Durch die praktische Anwendung, die Anerkennung am Ende des Projekts und die Reaktion auf einen realen Bedarf kann hierbei eine hohe Schülermotivation herbeigeführt werden.

Ziele und angestrebte Kompetenzen der politischen Bildung
Im Rahmen des lebenslangen Prozesses der politischen Bildung kommt der Schule eine wichtige Rolle zu. Aufgrund der Vielfältigkeit des politischen Lernens ist klar, dass sich dementsprechend ein großes Spektrum an unterschiedlichen Kompetenzen durch die Vermittlung der Politik in der Schule herbeiführen lässt. Die wohl wichtigsten Kompetenzen, die auch vom Perspektivrahmen genannt werden, sind die Partizipation, also die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten; die Fähigkeit, anhand von fachlich korrektem Wissen zu argumentieren und zu verhandeln. Und zuletzt das Treffen von Entscheidungen. Dies spiegelt nur einen kleinen Ausschnitt der angestrebten Ziele der politischen Bildung wider. Weiter können die Sensibilisierung für Ungleichheiten, die Befähigung zu kooperativem Handeln, Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und vieles mehr aufgezählt werden. Dadurch soll eine politische Mündigkeit erzielt werden, die den Schüler zu einem aktiven und verantwortungsvollen Handeln in der Gesellschaft befähigt.

Politische Bildung unter aktuellen Bedingungen
Die Gesellschaft ändert sich und damit verändert sich auch die Politik. Dies bedeutet, dass die politische Bildung nun vor ganz neuen Herausforderungen steht.

Zum einen ist die digitale Transformation im vollen Gange und macht auch vor dem politischen System nicht halt. Dadurch kommt es zu einem Strukturwandel in der Öffentlichkeit. Die Kinder wachsen in einer komplexen, medial geprägten Welt auf, in der Fehlinformationen leicht verbreitet werden können. Deswegen muss die politische Bildung den Lernenden heutzutage zudem eine Medienkompetenz mitgeben und über die Risiken und Chancen digitaler Medien aufklären.

Die bildungsfernen Bevölkerungsgruppen in Deutschland wachsen immer weiter an. Damit einher geht auch politisches Desinteresse. Diese Entwicklung gefährdet die Demokratie, die politische Stabilität unseres Landes und damit unsere

heutige Gesellschaft. Daher ist es wichtig, bei der politischen Bildung einen Zugang zu Personengruppen zu finden, die einer bildungsfernen Gruppe angehören, u. a. durch eine hohe Lebensnähe, durch eine Einbindung von Medien, wie auch durch die Berücksichtigung von Empowerment.

Fazit
Die zunehmende Komplexität und Widersprüchlichkeit unser Gesellschaft zeigt sich auch in der Lebenswirklichkeit der Kinder. Diese sind aktiv in die Gesellschaft eingebunden und müssen in der Lage sein sich entsprechend zu verhalten. Daher gibt es keine Alternative zu einer politischen Bildung in der Grundschule, auch wenn dies mit einem hohen pädagogischen Anspruch verbunden ist.

Teil 2: Themen in den verschiedenen Jahrgangsstufen und Schularten

Mögliche Themen und Einbindungsmöglichkeiten in den verschiedenen Jahrgangsstufen und Schularten		
1./2. Klasse	3./4. Klasse	5./6. Klasse
• Interessen • Kompromisse • Regeln • Polizei/Feuerwehr • Klassensprecher	• Demokratische Wahl • Kinderrechte • Gesetze • Gemeinde und Ämter • Frieden und Krieg • Kriegerische Konflikte • Migration/Flucht • Nachhaltigkeit/Umweltpolitik • Armut/Reichtum • Rollenklischees/Geschlechterkonstruktionen	• SMV • Schülerzeitung • Gesellschaftliche Organisation in anderen Epochen • Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart • Verfolgung bestimmter Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Epochen

Weitere:
- Thematisierung durch Projekte, Wettbewerbe, Schullandheimaufenthalte, Wahlfach, externe Partner
- Außerschulische Lernorte; Historische Lernorte, Kommunalvertretungen, Staatliche Institutionen, Einrichtungen in Gesellschaft und Wirtschaft, Kultur und Medien

Teil 3: Konkretes Beispiel – Methoden für das Unterrichten von Kinderrechte in der 4. Klasse

- Blitzlicht: Was fällt dir spontan zum Thema Kinderrechte ein?
- Pantomime: Kinderrechte pantomimisch darstellen lassen
- Meine Bedürfnisse: Mithilfe des Tagesablaufes auf Bedürfnisse von Kindern schließen und daraus Kinderrechte ableiten
- Tabu: Kinderrechte beschreiben lassen
- Wunschrechte: „Was sind für euch Rechte?“ oder „Welche Rechte habt ihr und welche Rechte hättet ihr gerne?“
- Stationenarbeit: Verschiedene Stationen zu den Kinderrechten und dem Leben von Kindern in aller Welt
- Dilemma-Geschichten: Schwierige Entscheidungen müssen getroffen werden. Bsp.: Ein ausländischer Schüler will Schulsprecher werden. Dagegen gibt es Widerstand, da einige sagen, dass er dafür einwandfrei deutsch sprechen müsste.
- Collage: Bilder zum Thema Kinderrechte wird kreativ zu einer Collage zusammengesetzt
- Rechte im Schulalltag: Welche Rechte gelten in der Schule?
- Expertengespräche: Fachleute sprechen über das Thema
- Kinderrechte-Rallye: Die SchülerInnen dürfen in der Schule, Gemeinde o. ä. dokumentieren, wie Kinderrecht umgesetzt werden und in welchen Bereichen sie keine Beachtung finden. Daraus wird erarbeitet was, wie und wann verändert werden könnte und wie SchülerInnen dabei mitwirken können.
- Netzwerke: Was haben bestimmte Themen mit dem Thema Kinderrecht zu tun? Bsp.: „Was hat dein leckeres Pausenbrot mit den Kinderrechten zu tun?“ Darauf aufbauend wird eine Kette aufgebaut (Pausenbrot – Essen – Rindfleisch – Herde – Weide – Regenwald – Holz – …). Es kann überlegt werden, ob die Kette unterbrochen werden kann oder sogar schon ist.
- Prioritäten setzen: „Was ist für dich das wichtigste Kinderrecht?“
- Rechte und Pflichten: Pro-Contra-Diskussion: „Wer Rechte hat, muss auch Pflichten annehmen.“
- Philosophische Fragen: „Was wäre, wenn Kinder keine Rechte hätten?“ oder „Was wäre, wenn es keine Kinderrechte geben würde?“

Quelle: Portmann (2010): Fortbildungsordner JuniorBotschafter für Kinderrechte.

Denise Fischer

Ein gründliches Update zur Lage der Welt

Renommierter schwedischer Professor liefert spannende Analyse

Was meinen Sie: Heute leben 2 Milliarden Kinder im Alter von 0-15 Jahren auf der Erde. Nach Schätzungen der UNO sind es im Jahr 2100 …
a) 4 Mrd., b) 3 Mrd., c) 2 Mrd.

Weltweit haben 30jährige Männer derzeit im Durchschnitt 10 Jahre lang eine Schule besucht. Gleichaltrige Frauen kommen im Schnitt auf …
a) 3 Jahre, b) 6 Jahre, c) 9 Jahre

In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil der in extremer Armut lebenden Weltbevölkerung …
a) fast verdoppelt, b) kaum verändert, c) mehr als halbiert

a) 20%, b) 50%, c) 80%
aller Einjährigen auf der Welt sind gegen irgendwelche Krankheiten geimpft.

Richtig ist in allen Fällen die Antwort c. Keine Sorge: Nur 6–9% haben in einer repräsentativen Befragung in Deutschland die richtige Antwort auf diese und andere grundlegende Fragen gewusst. In anderen Industrieländern ist die Quote jeweils ähnlich, Konzernchefs, Nobelpreisträger und andere „Experten“ schneiden auch nicht besser ab.

In aller Regel schätzen wir die aktuelle Lage der Welt deutlich pessimistischer ein. Das hat vielfältige Ursachen: Während sich einerseits große Teile der Welt rasant entwickeln und zugleich langsame, aber nachhaltige Veränderungen stattfinden, beschäftigen wir uns zu wenig damit und wähnen uns vielfach mit dem Stand von 1965 oder 1980 ausreichend informiert. Hinzu kommen diverse Stereotype über kulturelle oder religiöse Eigenheiten und andere Denkmuster, die zu gravierenden Fehlinterpretationen führen können.

Ein Bestseller, der Augen öffnet.
Abbildung mit freundlicher Genehmigung des Ullstein Verlags.

Auch angesehene Medien mit ihren Nachrichten und Dokumentationen sind offenbar bei der Suche nach der objektiven Wahrheit nur bedingt hilfreich und das nicht nur, weil das Publikum bei Skandalen und Katastrophen eher bei der Stange bleibt. Aktivisten und Wohltätigkeitsorganisationen bis hin zu UNICEF spielen ebenfalls nicht durchgehend eine rühmliche Rolle bei der Information ihrer Zielgruppen.

Hier setzt das Buch „Factfulness. Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist“ des schwedischen Arztes und Professors Hans Rosling an, der bis zu seinem Tod 2017 u. a. Mitglied der Akademie der Wissenschaften war und weltweit Vorträge hielt. Auf der Grundlage offizieller Statistiken von UNO und Weltbank zeigt er die globale Entwicklung der letzten Jahrzehnte auf verschiedenen Gebieten auf und veranschaulicht diese in prägnanten Schaubildern.

Treffend stellt Rosling die gewaltigen Fortschritte der Menschheit seit der Zeit um 1950 und erst recht vor dem Hintergrund des Jahres 1800 dar. Extreme Armut, Hunger, Seuchen, Kindersterblichkeit und Vieles mehr sind global stark zurückgegangen. Die Lösung dieser Grundprobleme, die auch in den „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ (SDG) der UNO für 2030 angestrebt wird, rückt teilweise tatsächlich in greifbare Nähe. Bildung, insbesondere Bildung der Mädchen, spielt Rosling zufolge in vielen Bereichen eine Schlüsselrolle.

Dabei war Rosling kein Zahlenfetischist. Eindrucksvoll schildert er Erlebnisse, die er in seiner Kindheit in Schweden und seit seinem Studium als engagierter Mediziner in zahlreichen „Entwicklungsländern“ von Indien über Afrika bis Kuba gesammelt hat.

Chillen ist nicht angesagt

Wer sich angesichts vieler positiver Überraschungen erleichtert zurücklehnen möchte, wird enttäuscht. Rosling vergleicht die Welt heute mit einem Frühgeborenen, der im Brutkasten liegt. Im Vergleich zu der Zeit, in der es keine Brutkästen gab, ist er gut versorgt, seine Lage ist dennoch weiterhin prekär. Rosling wird konkret: „Ich streite keineswegs ab, dass es akute globale Risiken gibt, um die wir uns kümmern müssen. […] Die fünf Gefahren, die mich am meisten beun-

ruhigen, sind die Risiken einer globalen Pandemie, eines Finanzkollapses, eines Weltkriegs, des Klimawandels und extremer Armut.“ (S. 285)

Es gehe darum, die wirklichen Probleme gezielt anzugehen anstatt sich um eingebildete Probleme Sorgen zu machen. Die Fortschritte aus der Vergangenheit können zur nötigen Zuversicht beitragen. Beim Klimawandel sieht Rosling in erster Linie die Länder des klassischen „Westens“ in der Pflicht, ihre CO2-Emissionen drastisch zu senken, um den übrigen Ländern gerechte Reserven für die eigene Entwicklung zu lassen. Diese sei nicht nur ethisch geboten, sondern könne auch erheblich zur Stabilisierung der Weltlage beitragen.

Interessantes Material für Schule und (Online-) Unterricht

Neben Roslings erhellenden Fakten über die Welt heute, die uns eine verlässliche Basis für Globales Lernen in jeder Form bieten, liefert ein Projekt von Roslings Schwiegertochter Anna äußerst wertvolles Material zum interkulturellen Lernen: In „Dollar Street“ kann man Fotos aus dem Alltag von über 300 Familien aus aller Welt finden, die zeigen: Wie sie leben, wird heute vor allem von ihrem Einkommen und deutlich weniger von ihrem kulturellen Hintergrund bestimmt. Was ihnen wichtig ist, sind im Niedriglohnbereich stets dringend notwendige Utensilien und darüber häufig Dinge von sehr individuellem Wert. So werden sie als Menschen mit konkreten Bedürfnissen und Wertvorstellungen begreifbar. Rosling: „Gehen Sie davon aus, dass Sie nicht der ‚Normalfall‘ sind – und davon, dass die anderen auch keine Idioten sind“ (S. 196). Prädikat: Absolut lesenswert!

Hier finden Sie die Informationen zum Buch und die Webadresse des „Dollar Street“-Projekts:
Hans Rosling (mit Anna Rosling Rönnlund und Ola Rosling): Factfulness. Wie wir lernen, die Welt so zu sehen, wie sie wirklich ist. Berlin 2019. ISBN 978-3-548-06041-5 (Ullstein Verlag, € 16,--)

https://www.gapminder.org/dollar-street/?lng=de

Martin Göb-Fuchsberger
Arbeitsgruppe BNE im BLLV

NEUES und ALTES aus dem Dienstrecht, das Sie wissen sollten! Stand: 16.04.2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle fünf Jahre stehen Personalratswahlen an. Plötzlich versucht so manche Gewerkschaft wieder in das Rampenlicht der öffentlichen Wahrnehmung zu gelangen, um so den Kolleginnen und Kollegen zu signalisieren: „Wir setzen uns für euch ein!"

Meine Meinung hierzu: Am besten immer und nicht nur vor der Wahl.

Jüngstes Beispiel dazu war eine vorschnelle Aktion als Protest gegen die gestrichenen Faschingsferien. Hierzu wurden Lehrkräfte aufgefordert für die Unterrichtszeit in den gestrichenen Faschingsferien Mehrarbeit abzurechnen. Das Ziel war hier, die Bezahlung von dieser so geleisteten „Mehrarbeit" zu erwirken. So eine Aktion zeigt auf den ersten Blick Wirkung. Das Problem dabei ist nur, dass diese geleistete Arbeit keine Mehrarbeit[1] im rechtlichen Sinne darstellt und Ferien[2] nicht Urlaub gleichgesetzt werden kann.

Einen Tag später scheiterte dieselbe Gewerkschaft mit einer Klage gegen den Dienstherrn wegen mangelnder Fürsorge. Hierbei handelte es ich um eine weitere reine Wahlkampfaktion, denn diese Klage entbehrte jeglicher rechtlicher Grundlage, da die Gewerkschaft in diesem Fall gar nicht als Kläger auftreten kann!

Immer wieder hört man dann die Frage: „Was tut denn eigentlich der BLLV?"

Selbstverständlich haben auch wir mögliche rechtliche Wege gegen die Streichung der Faschingsferien geprüft und Gründe der Ablehnung gegenüber dieser Entscheidung ausführlich bei allen möglichen Gelegenheiten z. B. politischen Gesprächen mit Entscheidungsträgern dargelegt. Dringend hätten wir alle, Schulkinder, Eltern und Lehrkräfte, Erholung gebraucht. **Übrigens: Lehrkräfte sind ja auch häufig Eltern!**

Zudem kämpfen wir weiter gegen die Notmaßnahmen des Kultusministeriums zur Beseitigung des Lehrermangels an Grund-, Mittel- und Förderschulen. Ganz konkret wird eine Grundschullehrerin, die beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof einen Normenkontrollantrag, also ein Verfahren auf Nichtigerklärung der Verordnung zur erneuten Einführung des verpflichtenden Arbeitszeitkontos für Lehrkräfte (AZKoV) gegen den Freistaat Bayern eingereicht hat, vom BLLV bestens unterstützt. Denn es ist nach unserer Rechtsauffassung unzulässig, die durch das Arbeitszeitkonto geschaffenen Lehrerstellen von den Grundschulen an die Mittelschulen zu verschieben. „Es kann nicht sein, die gravierenden Personalprobleme an Mittel- und Förderschulen auf dem Rücken der Grundschullehrkräfte lösen zu wollen", kritisiert BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann. Das verpflichtende Arbeitszeitkonto für Grundschullehrerinnen und -lehrer schaffe einen Überhang an Lehrkräften an Grundschulen, um sie dann als Manövriermasse an Mittel- und Förderschulen zu verschieben.

Etwas irritiert bin ich von der Berichterstattung einzelner Medien und so mancher Reaktion ewig gestriger Politiker zum Brandbrief gewesen. Ich setzte meine Unterschrift unter die Forderungen des BLLV und las hier von einem Impfangebot für alle an Schule Beschäftigten, Schülertests durch Fachpersonal und einem kindgerechten Übertritt. Eben nicht von einer vollzogenen Impfung bis zum Ende der Osterferien, einer Arbeitsniederlegung der Lehrkräfte und weiteren fantastischen Interpretationen.

Wir setzen uns für den Gesundheitsschutz der Schulfamilie ein und unterstützen die Selbsttests für Schülerinnen und Schüler und dem gesamten Schulpersonal. Nur, das alles muss für die Beteiligten sicher sein. Sicher im Sinne des Gesundheitsschutzes, aber auch dienstrechtlich. (Stichwort: Aufsichtspflicht der Klasse und zeitgleich evtl. positiv Getesteter)

Bitte unterstützen Sie weiterhin die stets sachliche Arbeit unseres Verbandes und wählen Sie die Personalräte des BLLV, die immer stark an Ihrer Seite sind und so für MEHR KRAFT sorgen.

Mit kollegialen Grüßen

Markus Rehle
Bezirksreferent Schwaben der Abteilung Dienstrecht und Besoldung

[1] Mehrarbeit im schulischen Bereich liegt gem. Ziff. I Nr. 2 der KMBek Mehrarbeit im Schulbereich nur dann vor, wenn Lehr-kräfte aus zwingenden dienstlichen Verhältnissen über die regelmäßige wöchentliche Unterrichtspflichtzeit hinaus Unter-richt erteilen. Gemäß den Hinweisen zur Mehrarbeit (KMS Nr. II.5-BP4004.4/3/78 vom 04.10.2016) darf Mehrarbeit nur zur Erteilung von Unterricht angeordnet werden, der nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten sonst ausfallen müsste. Hier soll aber gerade stundenplanmäßiger Unterricht gehalten werden. Es liegt daher keine Mehrarbeit vor. Konsequenter-weise kommt daher weder eine zusätzliche Vergütung nach den Grundsätzen der Mehrarbeit, noch eine anteilige Ver-gütung für Teilzeitkräfte in Betracht.

[2] Die in der Ferienordnung als Ferien vorgesehenen Zeiten dürfen nicht unmittelbar mit Urlaub für die Lehrkräfte gleich-gesetzt werden. Für die Arbeitszeit der Lehrkräfte gilt gem. § 5 Abs. 3 UrlMV die Maßgabe, dass der Erholungsurlaub durch die unterrichtsfreie Zeit abgegolten ist. Nur soweit infolge dienstlicher Inanspruchnahme oder infolge gem. § 7 Abs. 4 UrlMV nachgewiesener Erkrankung während dieser Zeit die unterrichtsfreien Tage hinter den zustehenden Urlaubstagen zurückbleiben, ist Erholungsurlaub außerhalb der unterrichtsfreien Zeit zu geben. Die Ferienordnung definiert also nicht den Urlaub der Lehrkräfte. Auch dürften die Ferien im laufenden (Schul-)Jahr regelmäßig hinreichend Gelegenheit bieten, um den gesetzlichen Urlaubsanspruch der Lehrkräfte von 30 Tagen zu erfüllen. Eine Abweichung von der Ferienordnung ist zudem in dieser selbst vorgesehen, vgl. Ziff. 1.4 Satz 1 der KMBek „Ferienordnung und schulfreie Samstage für die Schuljahre 2017/2018 bis 2023/2024". Unabhängig davon wurde dieFerienordnung mit Bekanntmachung des Staatsministeriums zwischenzeitlich geändert (BayMBl. vom 20.01.2021).

Dienstliche E-Mail-Adressen – ein längst notwendiger Standard mit einigen Punkten, die wissenswert sind

Für Firmen ist es längst ein Standard, für die bayerische Verwaltung wurde im Jahr 2002 die eGovernment-Initiative gestartet und sukzessive die E-Mail-Kommunikation mit dienstlichen E-Mail-Adressen eingeführt und ermöglicht. Im Oktober 2020 wurde angekündigt, dass staatliches Personal an bayerischen Schulen auch dienstliche E-Mail-Adressen erhalten soll. Viele Schulen oder Sachaufwandsträger haben ihre Lehrkräfte bereits vor dieser Ankündigung mit dienstlichen E-Mail-Adressen versorgt. Die gute Nachricht, diese Adressen dürfen auch weiterhin verwendet werden. Es besteht kein Zwang, auf die vom Kultusministerium bereitgestellten Konten zu wechseln.

Doch wie sieht es mit den Rechten und Pflichten der Lehrkräfte aus, wenn sie ein solches Angebot nutzen? Was darf die Schulleitung und worauf muss ich als Lehrkraft achten?

Da der Einsatz von digitalen Kollaborationswerkzeugen (wie z. B. Mebis oder Microsoft Teams) und Kommunikationswerkzeugen (E-Mails) immer mehr Einzug in unseren Alltag genommen haben und sicher noch nehmen werden, hat der Hauptpersonalrat zusammen mit dem Kultusministerium eine Rahmendienstvereinbarung geschlossen, welche verbindlich für alle Beteiligten, egal ob die Lösung vom Sachaufwandsträger/Schule oder vom Kultusministerium zur Verfügung gestellt wird, gilt.

Darf ich meine dienstliche E-Mail-Adresse auch privat nutzen?

Nein, dieses Werkzeug ist nur zur dienstlichen Nutzung bestimmt. Eine private Nutzung ist nicht vorgesehen und wird ausgeschlossen. In der Nutzungsordnung, welche die Grundlage für die Einrichtung und Nutzung darstellt, ist dieser Punkt geregelt.

Darf meine Schulleitung z. B. Protokolldaten oder Inhaltsdaten auswerten?

Schulleitungen können zum Zwecke des Datenschutzes oder der Datensicherheit und zur Überwachung der Nutzungsregeln bestimmte Protokolldaten (z. B. Zeitpunkt der An- und Abmeldung) abrufen. Sollte der Verdacht einer missbräuchlichen Nutzung vorliegen, dann dürfen auch Inhaltsdaten ausgewertet werden.

WICHTIG:

- Die Schulleitung muss in diesen Fällen die örtliche Personalvertretung und den örtlichen Datenschutzbeauftragten hinzuziehen.
- Der Betroffene ist über das Ergebnis der Einsichtnahme schriftlich zu informieren. Ihm oder ihr ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- Aufzeichnungen zu Einsichtnahmen sind unverzüglich zu löschen, wenn diese nicht mehr benötigt werden. Die Löschung muss unverzüglich der betroffenen Person mitgeteilt werden.
- Keine Inhaltsdaten dürfen bei „Geheimnisträgern“ (Schulpsychologen, Beratungslehrer, Beratungsrektoren, Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertrauenspersonen und -beauftragte, Mitglieder der Jugend und Auszubildendenvertretung) eingesehen werden.

Was ist zu tun, wenn ich länger ausfalle?

Fallen Sie einmal länger aus, so sollten sie eine Abwesenheitsmitteilung aktivieren und in bestimmten Fällen eine automatisierte Weiterleitung an eine vertretungsberechtigte Person einrichten. Nur aus zwingend dienstlichen Zwecken darf ein inhaltlicher Zugriff durch die Schulleitung stattfinden. In diesem Fall muss auch wieder die örtliche Personalvertretung und der örtliche Datenschutzbeauftragte einbezogen und sie müssen über den Zugriff unverzüglich informiert werden.

Wie sieht es mit der Löschung der Daten aus?

Verlassen Sie die Schule, werden Ihre Daten einen gewissen Zeitraum (z. B. 21 Tage bei der E-Mail Lösung durch das Kultusministerium) noch gespeichert und dann gelöscht. Auch sollten Sie E-Mails nur so lange speichern, wie es notwendig ist. In der Nutzungsbedingung zu den Dienst-E-Mail-Adressen über das Kultusministerium müssen E-Mails spätestens nach Ablauf des darauffolgenden Schuljahres gelöscht werden.

Mein persönliches Fazit

Mit der Einführung der Dienst-E-Mail-Adressen haben wir die Möglichkeit, die private von der dienstlichen Kommunikation auch mit offiziellen E-Mail-Adressen zu trennen. Dank der Rahmendienstvereinbarung und den Nutzungsbedingungen gibt es die Sicherheit, dass kein unkontrolliertes Auswerten von Daten – auch zur Leistungs- und Verhaltenskontrolle – stattfinden dürfen. Falls dies doch einmal passieren sollte, dann sind wir für Sie da!

Schauen Sie sich die Rahmendienstvereinbarung und die Inhalte der Nutzungsordnung an. Ihnen stehen auch alle Betroffenenrechte der DSGVO wie z. B. das Auskunftsrecht offen, welche Sie bei der Schulleitung einfordern können. Der nächste Schritt muss die zeitnahe Bereitstellung von Lehrerdienstgeräten mit ebenfalls klaren Vorgaben zur Nutzung sein, damit endlich die notwendige Grundausstattung durch den Dienstherren erfolgt.

Roland Grimm
Referat Rechtsschutz
rechtsabteilung@schwaben.bllv.de

Remonstration – Recht und Pflicht eines Beamten

„Stellen Sie sich nicht so an! Das bisschen Schwimmunterricht werden Sie doch hinbekommen. Sie können doch schwimmen, da brauchen Sie keine Fortbildung dazu! Ich weise Sie an, dass Sie ab morgen Schwimmen unterrichten“ Zugegeben, dieses Beispiel ist vielleicht aus der Luft gegriffen, doch kann es immer mal wieder Anweisungen des Dienstvorgesetzten geben, die gegen geltendes Recht verstoßen oder Sie denken, dass es ein Verstoß sein könnte. Was ist jetzt zu tun?

Grundsätzlich haben Beamte nach § 35 Absatz 2 Beamtenstatusgesetz die Pflicht, „dienstliche Anordnungen und deren allgemeinen Richtlinien zu befolgen“. Muss ich aufgrund dieser Vorschrift die Anordnung durchführen und wie sieht es mit der Haftung aus, wenn etwas passiert?

Auch hier ist das Gesetz recht klar in der Aussage „Beamtinnen und Beamte tragen für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.“, so der § 36 Beamtenstatusgesetz. Doch auf den nächsten Blick kommt eine zentrale und wichtige Aussage (§ 36 Absatz 2 BeamtStG) „Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen haben Beamtinnen und Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen.“ Wird die Anordnung aufrechterhalten und die eigenen Bedenken bleiben bestehen, muss sich an die nächsthöhere Vorgesetzte / den nächsthöheren Vorgesetzten gewandt werden. Sollte die Anordnung bestehen bleiben, muss die Beamtin/der Beamte diese ausführen, ist aber von der eigenen Verantwortung befreit. Sollte eine Anordnung die Würde des Menschen verletzen, strafbar oder ordnungswidrig sein, so muss diese nicht ausgeführt werden.

In dem oben beschriebenen Fall müssen Sie remonstrieren. Lassen Sie sich die Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Anordnung immer schriftlich geben. Es reicht ein formloses Schreiben mit der Berufung auf den § 36 BeamtStG.

Roland Grimm
Referat Rechtsschutz

BERUFSWISSENSCHAFT

Hallo erst mal … wussten Sie eigentlich, worüber wir Berufswissenschaftler uns Gedanken machen? Was schafft Wissen? Wissen schafft was! Wir erfinden das Rad auch nicht neu, aber wir tragen wissenschaftliche Ansätze und Ergebnisse zusammen und überlegen uns, wie wir diese bestmöglich multiplizieren und in der Praxis umsetzen können. Wir wollen gerne mit unserem gesammelten Wissen in Vorleistung gehen und schließlich im günstigsten Fall mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Dialog treten.

Unsere Wissenschaft steht unter dem großen Wort SCHULENTWICKLUNG. Schulentwicklung in Corona-Zeiten … undenkbar. Momentan stagnieren sämtliche Schulentwicklungsprozesse und das ist auch nachvollziehbar, ABER genau jetzt wäre eigentlich die Zeit zu überlegen was sich ändern muss und wie, damit sich unsere Schulen gestärkt und mit Konzept aus der Krise weiterentwickeln können. Der Fokus liegt hier natürlich auf unseren Kindern, wie können wir sie auch in Zukunft bestmöglich auf ihr Leben vorbereiten. Das Leben, die Gesellschaft, die Wirtschaft… all das entwickelt sich stetig weiter und deshalb muss Schulentwicklung zeitnah die Konsequenzen ziehen und agieren. Wir sind stetig Lernende, denn wer rastet, der rostet. Übrigens: Fehler sind unsere Freunde.

Wichtiger denn je wird nach der Krise das projektorientierte Arbeiten sein. Dies ist die beste Möglichkeit, dass sich die Schülerinnen und Schüler wieder annähern, Vertrauen in ihre Fähigkeiten gewinnen und Neues lernen. Doch was genau ist eigentlich projektorientiertes Arbeiten? Wie gehe ich vor?

Träumen erlaubt

Am Anfang steht eigentlich immer eine Idee, manchmal auch ein Traum. Dies kann von den Kindern kommen, gerne aber auch vom Lehrer, denn wenn ich begeistert bin, kann ich diese Begeisterung auch auf die Kinder übertragen. Denken sie an den Klassiker von Erich Kästner „Das fliegende Klassenzimmer“. Ein Schulleiter kann kein Projekt anweisen, denn dies widerspricht dem Grundgedanken der Projektarbeit, es sei denn, die Projektidee springt auf seine Mitarbeiter über.

Legitimation durch Professionalität

Nach der Idee kommt sofort unsere Professionalität ins Spiel. Wie kann ich die Idee realisieren, wie passe ich sie an, dass meine Schülerinnen und Schüler das Projekt gut umsetzen können und auch Freude daran haben? Was soll das konkrete Ziel sein? Welche Teile des Projekts lasse ich offen, damit die Kinder auch Spielräume haben? Wann ist das Projekt beendet?

Smarte Ziele der Projektarbeit: Spezifisch, Messbar, Angemessen, Realistisch, Terminiert

Starke Kinder brauchen uns nicht

Bei der konkreten Umsetzung während des Projektes ist wieder die Professionalität gefragt. Benötigen die Kinder zusätzliche Hilfen? Brauchen sie einen Impuls, wenn mal was nicht so klappt, um ihre Motivation wieder frei zu legen? Wann muss ich nachsteuern, wann kann ich es laufen lassen, vielleicht sogar loslassen? Hier sprechen wir von maximaler Flexibilität und gelebter Toleranz. Kinder gehen manchmal eigene Wege, die wir so nicht auf dem Schirm gehabt hätten. Dann ist es nötig, sich auf eine altehrwürdige Tugend zu besinnen: Mut. Und dann lassen wir die Kinder einfach mal laufen, in den meisten Fällen lohnt es sich inhaltlich wie auch pädagogisch, denn starke Kinder brauchen uns nicht … für die Schwächeren bleibt mehr Zeit.

Bewert(schätz)ung

Am Ende des Projektes steht die Präsentation, das Feedback, die Wertschätzung und nicht zuletzt natürlich auch die Bewertung. Was ist uns das Projekt WERT? Welche WERTigkeit – welchen MehrWERT hat es? Wie WERTvoll ist es für die Kinder? Welche WERTschätzung erfährt es? Aus diesen Fragen ergibt sich die Bewert(schätz)ung. Projektorientiertes Arbeiten kann sich dem klassischen Bewertungssystem unterordnen, wenn auch nicht gerne. Bewertungen der Leistungen in einer Projektarbeit erscheinen den Kindern wesentlich plausibler und transparenter. Und dennoch ist die Reflexion wichtiger als die Bewertung, wir erinnern uns: Fehler sind unsere Freunde.

Rebecca Langenwalter und Frank Hortig
Abteilung Berufswissenschaft

FACHGRUPPEN

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen brauchen eine starke Personalvertretung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der letzten Personalratswahl sind schon wieder fünf Jahre vorbei. Jetzt heißt es eine starke Vertretung auf allen Ebenen zu positionieren. Zu wählen sind die Gremien des Hauptpersonalrates, des Bezirkspersonalrates und der örtlichen Personalräte.

HAUPTPERSONALRAT

Dieses Gremium ist der direkte Ansprechpartner für das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Darum ist es notwendig, dass auf dieser Ebene eine kompetente Ansprechpartnerin für Verwaltungsangestellte an Schulen und Schulämtern vertreten ist. Unsere Spitzenkandidatin auf dieser Ebene ist:
Monika Engelhardt, Leiterin der BLLV-Landesfachgruppe Verwaltungsangestellte

BEZIRKSPERSONALRAT

Für den Bezirkspersonalrat (BPR) ist unsere Spitzenkandidatin **Milena Härtel.** Sie ist seit vier Jahren Mitglied im Bezirkspersonalrat an der Regierung von Schwaben sowie auch stellvertretende Vorsitzende im BPR der Gruppe Arbeitnehmer. Milena Härtel stellt sich dankenswerter Weise erneut wieder zur Wahl. Mit ihr haben wir eine kompetente und fachkundige Kollegin vor Ort.

ÖRTLICHER PERSONALRAT

Der örtliche Personalrat der Gruppe Arbeitnehmer ist Ihr direkter Ansprechpartner vor Ort in Ihrem Schulamt. Er steht im ständigen Austausch mit dem Bezirkspersonalrat. So können Informationen, Fragen und Anliegen der Kolleginnen und Kollegen schnell und kompetent beantwortet und weiter gegeben werden. Der örtliche Personalrat ist auch direkter Ansprechpartner für angestellte Lehrkräfte, das gesamtes Personal im Angestelltenverhältnis und Verwaltungsangestellte an Schulen und Schulämtern.

Elfriede Riedel
Bezirksfachgruppe Verwaltungsangestellte

Örtlicher Personalrat (ÖPR)	• **Kandidatin/Kandidat in Ihrem Schulamtsbezirk** • **Liste: BLLV**
Bezirkspersonalrat (BPR) an der Regierung von Schwaben	• **Spitzenkandidatin:** • **Milena Härtel, Verwaltungsangestellte** • **Stellvertretende Vorsitzende im Bezirkspersonalrat, Gruppe Arbeitnehmer** • **Liste: BBB**
Hauptpersonalrat (HPR) im Kultusministerium	• **Spitzenkandidatin:** • **Monika Engelhardt, Leiterin der BLLV-Landesfachgruppe Verwaltungsangestellte** • **Liste: BBB**

Informationen für alle

Tarifangestellten an der Regierung von Schwaben (Gruppe Arbeitnehmer)

Verwaltungsangestellte an Schulen und Schulämter	
MitarbeiterInnen im Bereich der Ganztagsschulen	
Drittkräfte	SchulsozialpädagogenInnen
Schulassistenzen	Teamlehrkräfte
Pädagogische Fachkräfte	Med. Fachkräfte in Landratsämtern
MitarbeiterInnen in Sprach- und Deutschlernklassen	
Lehrkräfte in befristeten und unbefristeten Arbeitsverhältnissen	

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auch wir Arbeitnehmer dürfen regulär (alle 5 Jahre) zum Wählen gehen. Wir entscheiden über die Zusammensetzung unserer Personalvertretung im Haupt- (HPR) und Bezirkspersonalrat (BPR) sowie auf örtlicher Ebene (ÖPR).

Seit nunmehr fünf Jahren sind wir stark im HPR und BPR vertreten, um für Ihre Interessen einzustehen! Hier haben wir es geschafft bei Kultusministerium und Regierung von Schwaben, als direkter Ansprechpartner vor Ort sein zu können. Wählen Sie am **22./23./24. Juni 2021** Fachfrauen, -männer in diese Gremien, damit wir Ihre persönlichen Anliegen auch in Zukunft weiterhin erfolgreich vertreten können.

Im Bezirk Schwaben sind es nun fast 3.000 Tarifbeschäftigte, für die der BPR von der Regierung von Schwaben bei Einstellung, Eingruppierung, Kündigung und mehr, eingebunden werden muss. Seit 2017 bin ich als stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer in Augsburg tätig und würde mich sehr freuen, wenn ich Sie auch künftig im BPR und meinem örtlichen Personalrat (Schulamtsbezirk Ostallgäu) vertreten darf. Gerade die letzten Jahre brachten einige Änderungen, die uns in unserer Arbeit immer wieder herausgefordert haben. Wir wollen dranbleiben!

- E5 für Verwaltungsangestellte an Grundschulen!
- Überarbeitete Zuteilungsrichtlinien für Schulsekretärinnen seit April 2018
- Schaffung von 175 zusätzl. Stellen im Nachtragshaushalt 2020
- MitarbeiterInnen in Ganztagsschulen: Anerkennung vorheriger Tätigkeit bei der Stufenlaufzeit
- Weitere Stundenzuteilungen an Drittkräfte
- Ziel der Entfristung bei befristeten Arbeitsverhältnissen
- Aktive Teilnahme an Protestkundgebungen, wie den
- Lehreraktionstag
- Beantwortung vieler Anfragen der Beschäftigten

Bitte beachten Sie! Bei der Wahl des Bezirkspersonalrates (BPR) sowie des Hauptpersonalrates (HPR) ist der BLLV ein Mitgliedsverband des Bayer. Beamtenbundes (BBB). Ihre Kandidaten finden Sie daher auf der Liste des BBB.

Sie haben in jeder Wahl einen unterschiedlichen Anteil an Stimmen und können diese auf einzelne BewerberInnen Ihres Vertrauens verteilen. Bitte nehmen Sie sich Zeit und lesen Sie genau nach, wie viele Stimmen Sie vergeben dürfen. Sie können einem Kandidaten/einer Kandidatin auch mehrere Stimmen geben. **Nicht vergessen:** Zuerst immer die BBB-Liste oder BLLV-Liste ankreuzen, dann eventuell „häufeln“. **Wichtig:** Ihr Stimmzettel wird ungültig, wenn Sie BewerberInnen aus mehr als einer Liste wählen! Bleiben Sie in der BBB-Liste oder BLLV-Liste! Verschenken Sie keine Stimme!

Ich bedanke mich auf diesem Weg bei allen KollegenInnen für die herzliche Zusammenarbeit!

Ihre Milena Härtel

JUNGER BLLV

Jung wählt jung

Eigene Rechte kennen und Interessen vertreten (lassen)

Diese Zeitschrift ist in eurem Briefkasten gelandet, der erste Schritt ist mit der Mitgliedschaft im BLLV also bereits getan. Nur dadurch erhält unser Verband sein Gewicht und seine wichtige Stimme in Verhandlungen mit der Politik, ob auf Bezirks- oder Landesebene. Regelmäßig erreichen mich jedoch Anfragen zum Referendariat, zur Elternzeit oder zu Beurteilungen, die nichts mit unserer politischen Arbeit zu tun haben. In diesem Fall ist es meine Aufgabe, euch direkt weiterzuhelfen oder an die richtigen Personen weiter zu verweisen und oft ist dies ein Mitglied des örtlichen oder Bezirkspersonalrats. Dieses von euch gewählte Gremium ist nicht nur dazu da, Neueinstellungen oder die Besetzung von RektorInnen abzusegnen, es geht hauptsächlich darum, die Belange der Lehrkräfte im Bezirk Schwaben im Auge zu behalten und der Regierung anzutragen – eure Rechte sind dabei oberste Priorität.

Die ersten zehn Dienstjahre zählen im BLLV als JunglehrerIn, der Personalrat teilt dies nochmal genauer auf. Für Azubis, LAAs und ReferendarInnen ist auf Landkreisebene die Örtliche Jugend- und Auszubildendenvertretung (ÖJAV), auf Bezirksebene die Bezirksjugend- und auszubildendenvertretung (BJAV) zuständig. Auf Landesebene tagt die Hauptjugend- und auszubildendenvertretung (HJAV). Viele lange Wörter und viele Abkürzungen, aber eigentlich schnell erklärt: jedes Gremium tagt für sich und eine VertreterIn ist zusätzlich bei den „Großen“. So können die Interessen von Lehrkräften in der Ausbildung optimal vertreten und deine Fragen bestmöglich beantwortet werden. Dazu zählt jeweils deine Stimme für die KandidatInnen des Jungen BLLV!

Mit der Ausbildungszeit sind die speziellen Anforderungen und Themen von JunglehrerInnen aber nicht erledigt. Neueinstellung, erste Versetzung, Verbeamtung, erste richtige Beurteilung – die Liste ist lang und Stolpersteine können einem die Zeit nach dem „richtigen“ Berufseinstieg schwer machen. Auch hier ist der Personalrat auf den unterschiedlichen Ebenen euer Ansprechpartner und eure Stimme. Je mehr junge Lehrkräfte ihr wählt, umso lauter wird sie! LAAs und ReferendarInnen können ihr Kreuzchen hier zum zweiten Mal nutzen: auch für den „großen“ Personalrat könnt ihr abstimmen und für die Zeit nach der Ausbildung gestalten. Eine ausgewogene Repräsentation aller Lehrkräfte in den Personalräten ist wichtig, dazu zählen auch JunglehrerInnen – vor allem in Zeiten des Lehrkräftemangels. Der Junge BLLV Schwaben hat hierfür motivierte und engagierte JunglehrerInnen aufgestellt, die sich auf die Arbeit im Personalrat freuen und, wie auch im Verband, eure Interessen vertreten wollen. Ermutigt auch KollegInnen, ihr Kreuz zu setzen und wer noch unschlüssig ist, wem man am Besten die Stimme geben sollte: Jung wählt jung!

Kathrin Langenegger
Vorsitzende Junger BLLV

Ukulele-Workshop mit Benjamin Rademann

Nachdem die Wintertagung des Jungen BLLV Schwaben auch dieses Jahr leider coronabedingt abgesagt werden musste, waren wir sehr dankbar, dass der Referent Benjamin Rademann uns den Workshop Anfang März alternativ online anbot. Statt der geplanten zwei Tage hatten wir jetzt nur etwas mehr als eine Stunde zur Verfügung. Diese wurde trotz einiger Internethänger wirklich effektiv genutzt. Wir lernten das Stimmen der Ukulele und schnell gelang es uns, Lieder wie „Bruder Jakob“ und „Tom Dooley“ zu begleiten.

Jetzt hoffen wir, dass wir im Sommer doch noch den Ukulele-Kurs in Präsenz abhalten können. Geplant ist jeweils eine Veranstaltung in Augsburg und im Allgäu. Wir drücken die Daumen, dass es klappt!

Stefanie Baumann

PENSIONISTEN

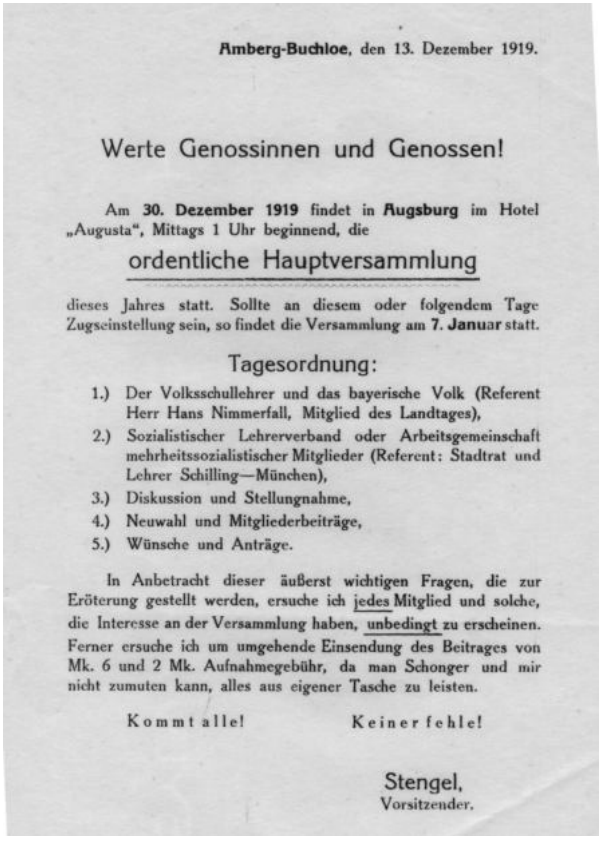
Rückblick

Wenn man 75 Jahre alt wird, muss man langsam, aber sicher mit dem Stöbern beginnen. Dabei fand ich im Speicher dieses Blatt „Werte Genossinnen und Genossen!“ aus dem Jahr 1919. Wie Sie aus der zweiten Zeile von unten entnehmen können, engagierte sich mein Opa Urban Schonger als Vorstandsmitglied im Schwäbischen Lehrerverein. Der Vorsitzende „Stengel“ beschwerte sich darin, dass er und „Schonger“ nicht alle Kosten selbst tragen könnten und daher einen Beitrag erheben müssten. Ich glaube, es handelte sich damals um den „Kreisverband Schwaben sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen“, vermutlich dem späteren BLLV.

Damals (Bild 2) wurde beispielsweise die Aufhebung der kirchlichen Schulaufsicht und die Trennung von Schule und Kirche gefordert. Mit diesen umwälzenden Forderungen und deren Umsetzung hat sich der BLLV große Verdienste erworben:

Dies wollte ich Ihnen nur als kleines Bonmont mitteilen.

Herzliche Grüße!
Michael Schonger



Amberg-Buchloe, den 13. Dezember 1919.

Werte Genossinnen und Genossen!

Am **30. Dezember 1919** findet in **Augsburg** im Hotel „Augusta“, Mittags 1 Uhr beginnend, die

ordentliche Hauptversammlung

dieses Jahres statt. Sollte an diesem oder folgendem Tage Zugseinstellung sein, so findet die Versammlung am **7. Januar** statt.

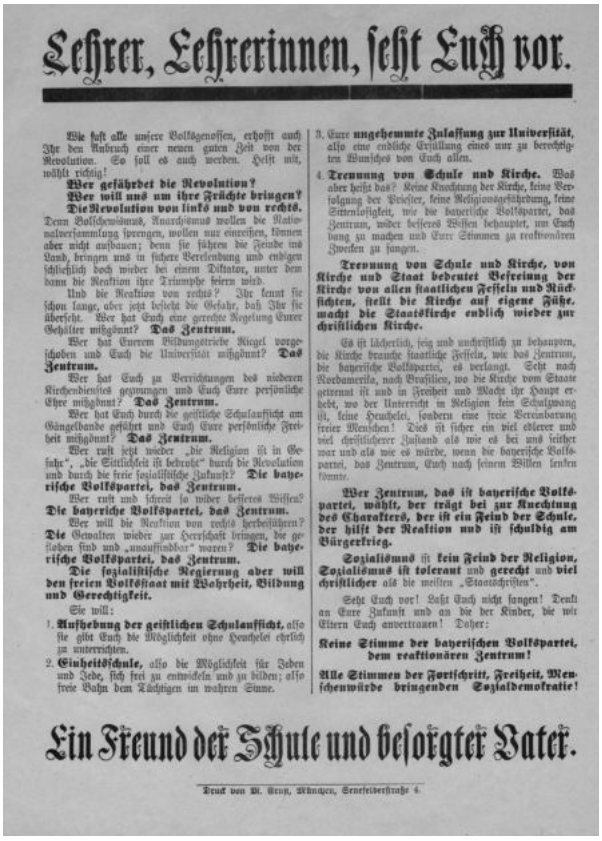
Tagesordnung:

1.) Der Volksschullehrer und das bayerische Volk (Referent Herr Hans Nimmerfall, Mitglied des Landtages),
2.) Sozialistischer Lehrerverband oder Arbeitsgemeinschaft mehrheitssozialistischer Mitglieder (Referent: Stadtrat und Lehrer Schilling—München),
3.) Diskussion und Stellungnahme,
4.) Neuwahl und Mitgliederbeiträge,
5.) Wünsche und Anträge.

In Anbetracht dieser äußerst wichtigen Fragen, die zur Eröterung gestellt werden, ersuche ich jedes Mitglied und solche, die Interesse an der Versammlung haben, unbedingt zu erscheinen. Ferner ersuche ich um umgehende Einsendung des Beitrages von Mk. 6 und 2 Mk. Aufnahmegebühr, da man Schonger und mir nicht zumuten kann, alles aus eigener Tasche zu leisten.

Kommt alle! Keiner fehle!

Stengel,
Vorsitzender.



Lehrer, Lehrerinnen, seht Euch vor.

Wie fast alle unsere Volksgenossen, erhofft auch Ihr den Anbruch einer neuen guten Zeit von der Revolution. So soll es auch werden. Helft mit, wählt richtig!

Wer gefährdet die Revolution?
Wer will uns um ihre Früchte bringen?
Die Revolution von links und von rechts.

Denn Bolschewismus, Anarchismus wollen die Nationalversammlung sprengen, wollen nur einreißen, können aber nicht aufbauen; denn sie führen die Feinde ins Land, bringen uns in sichere Verelendung und endigen schließlich doch wieder bei einem Diktator, unter dem dann die Reaktion ihre Triumphe feiern wird.

Und die Reaktion von rechts? Ihr kennt sie schon lange, aber jetzt besteht die Gefahr, daß Ihr sie übersieht. Wer hat Euch eine gerechte Regelung Eurer Gehälter mißgönnt? **Das Zentrum.**

Wer hat Eurem Bildungstriebe Riegel vorgeschoben und Euch die Universität mißgönnt? **Das Zentrum.**

Wer hat Euch zu Verrichtungen des niederen Kirchendienstes gezwungen und Euch Eure persönliche Ehre mißgönnt? **Das Zentrum.**

Wer hat Euch durch die geistliche Schulaufsicht am Gängelbande geführt und Euch Eure persönliche Freiheit mißgönnt? **Das Zentrum.**

Wer ruft jetzt wieder „die Religion ist in Gefahr“, „die Sittlichkeit ist bedroht“ durch die Revolution und durch die freie sozialistische Zukunft? **Die bayerische Volkspartei, das Zentrum.**

Wer ruft und schreit so wider besseres Wissen? **Die bayerische Volkspartei, das Zentrum.**

Wer will die Reaktion von rechts herbeiführen? **Die** Gewalten wieder zur Herrschaft bringen, die gestohlen sind und „unauffindbar“ waren? **Die bayerische Volkspartei, das Zentrum.**

Die sozialistische Regierung aber will den freien Volksstaat mit Wahrheit, Bildung und Gerechtigkeit.

Sie will:

1. **Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht,** also sie gibt Euch die Möglichkeit ohne Heuchelei ehrlich zu unterrichten.
2. **Einheitsschule,** also die Möglichkeit für Jeden und Jede, sich frei zu entwickeln und zu bilden; also freie Bahn dem Tüchtigen im wahren Sinne.
3. Eure **ungehemmte Zulassung zur Universität,** also eine endliche Erfüllung eines nur zu berechtigten Wunsches von Euch allen.
4. **Trennung von Schule und Kirche.** Was aber heißt das? Keine Knechtung der Kirche, keine Verfolgung der Priester, keine Religionsgesetzgebung, keine Sittenlosigkeit, wie die bayerische Volkspartei, das Zentrum, wider besseres Wissen behauptet, um Euch bang zu machen und Eure Stimmen zu reaktionären Zwecken zu fangen.

Trennung von Schule und Kirche, von Kirche und Staat bedeutet Befreiung der Kirche von allen staatlichen Fesseln und Rücksichten, stellt die Kirche auf eigene Füße, macht die Staatskirche endlich wieder zur christlichen Kirche.

Es ist lächerlich, feig und unchristlich zu behaupten, die Kirche brauche staatliche Fesseln, wie das Zentrum, die bayerische Volkspartei, es verlangt. Seht nach Nordamerika, nach Brasilien, wo die Kirche vom Staate getrennt ist und in Freiheit und Macht ihr Haupt erhebt, wo der Unterricht in Religion kein Schulzwang ist, keine Heuchelei, sondern eine freie Vereinbarung freier Menschen! Dies ist sicher ein viel ehrlicherer und viel christlicherer Zustand als wie es bei uns leider war und als wie es würde, wenn die bayerische Volkspartei, das Zentrum, Euch nach seinem Willen lenken könnte.

Wer Zentrum, das ist bayerische Volkspartei, wählt, der trägt bei zur Knechtung des Charakters, der ist ein Feind der Schule, der hilft der Reaktion und ist schuldig am Bürgerkrieg.

Sozialismus ist **kein Feind der Religion, Sozialismus ist tolerant** und **gerecht** und **viel christlicher** als die meisten „Staatschristen“.

Seht Euch vor! Laßt Euch nicht fangen! Denkt an Eure Zukunft und an die der Kinder, die wir Eltern Euch anvertrauen! Daher:

Keine Stimme der bayerischen Volkspartei, dem reaktionären Zentrum!

Alle Stimmen der Fortschritt, Freiheit, Menschenwürde bringenden Sozialdemokratie!

Ein Freund der Schule und besorgter Vater.

Druck von M. Kreiß, München, Seefeldstraße 6.

AICHACH-FRIEDBERG

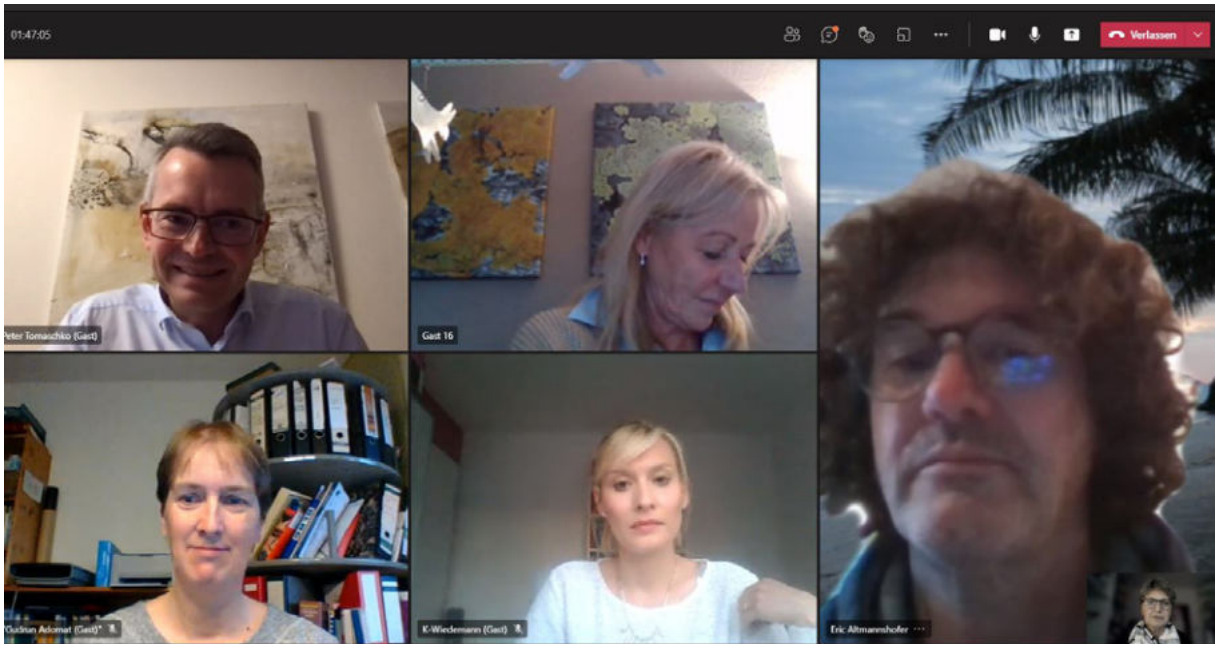
BLLV Kreisverband Aichach-Friedberg mit MdL Peter Tomaschko (CSU) im Gespräch – Lücken füllen beim Testen, bei der Digitalisierung und in den Klassenzimmern

Die Selbsttests an den Schulen seien doch das Richtige und am ersten Tag ganz gut gelaufen, so Peter Tomaschko. Wie kann sich ein Lehrerverband so dagegen sträuben? BLLV-Kreisvorsitzende Martina Ritzel kontert: „Wir sind für die Selbsttest – aber nicht an den Schulen, nicht unter diesen Rahmenbedingungen! Wo ist das Vertrauen in die Eltern, die sich ein Jahr lang um Distanzlernen gekümmert haben?“ Zumal der Infektionsschutz aller Beteiligten dabei nur bedingt gewährleistet ist (Stichwort Impfangebote, Niesreiz bei der Testung ohne Maske). Die konkreten Dienstanweisungen wurden wieder erst am Freitag (Nachmittag) kommuniziert. Wann soll da ein vertrauensstiftendes Konzept entwickelt und an alle Beteiligten in der Schulfamilie vermittelt werden? Auch die logistischen Aufgaben (z. B. Abholen des Materials in Aichach, Portionieren für jeden einzelnen Schüler, Dokumentieren) werden im Landkreis komplett an die Schulleitungen und Lehrkräfte delegiert. Es ist nicht nur Anleitung und Betreuung der Durchführung. Finanzieller und strukturierter Hilfe für die Testungen erteilte Tomaschko eine Absage, jedoch spräche aus Datenschutzgründen nichts dagegen, medizinisch geschulte Eltern auf freiwilliger (unentgeltlicher) Basis einzubinden.

Im Bereich des Testens ließen sich die Diskrepanzen nicht schließen, im Bereich der Digitalisierung zeigte Tomaschko Verständnis und Perspektiven auf. BLLV-KV-Vorsitzende: „Es kann nicht sein, dass es an einer Schule 32 Lehrkräfte gibt, dieser Schule 25 Lehrer-Dienstgeräte zugeteilt werden und die Schulleitung entscheiden muss, welche 7 Lehrkräfte kein Gerät erhalten.“ Tomaschko verwies auf den Digitalpakt und will die Verwaltungen animieren hier flexibler zu handeln, so dass jeder ein Dienstgerät erhält. Wenn die Geräte angeschafft sind, müssen sie aber auch eingerichtet und bereitgestellt werden – da fehlt aktuell im Landkreis jedoch das Personal, so Ritzel.

Nicht nur dort fehlt Personal – auch im kommenden Schuljahr ist nicht absehbar, wie der Lehrerbedarf an den Grund-, Mittel- und Förderschulen mit professionellen Lehrkräften gedeckt werden soll, so BLLV Bezirksvorsitzende Getrud Nigg-Klee. Die hohen Arbeitsbelastungen werden auch von der Generation Z – dem potenziellen Lehrernachwuchs – wahrgenommen, so Eric Altmannshofer (BLLV). Die schaut auf's Geld und die Work-Life-Balance: niedrigeres Geld bei höherer Präsenzverpflichtung wirkt da wenig attraktiv, auch wenn man das Trostpflaster des Beförderungsamts anpreist. Eine von der Politik geplante Imagekampagne, die ausschließlich auf Idealismus setzt, wird diese Generation nicht überzeugen, gibt der BLLV zu Bedenken. Wenn die Arbeitsbedingungen stimmen, wird man junge Leute für den Lehrerberuf gewinnen, wenn nicht, suchen sie sich etwas anderes, denn sie wissen sie sind gefragt.

Gudrun Adomat



DILLINGEN

Christiane Grandé – ein ganz besonderer 60. Geburtstag

In „Corona-Zeiten“ ihren 60. Geburtstag zu feiern, verlief auch für die Schatzmeisterin, Mitgliederverwalterin und Personalrätin im KV Dillingen, Christiane Grandé, anders als üblich. Die Rektorin der Wertinger Grundschule erwartete an ihrem Ehrentag ein liebevoll geschmücktes Schulhaus, einige persönliche Gratulanten und viele liebe Grüße aus dem Distanz-Unterricht. 2. Vorsitzende Verena Bürkner und Schriftführer Konrektor Hans-Jürgen Seifert ließen es sich auch nicht nehmen, unter Einhaltung der Hygiene-Vorschriften persönlich zu gratulieren, ein Präsent des Kreisverbandes zu überreichen und ein Dankeschön für die gute Zusammenarbeit auszusprechen. 1989 kam die Jubilarin an die Grundschule Wertingen, wechselte als 2. Konrektorin 2006 an die VS Höchstädt und kam von dort 2011 als 1. Konrektorin an die GS Wertingen für 1,5 Jahre zurück. 4 Jahre leitete sie danach die VS Zusamaltheim. Seit 2016 ist Christiane Grandé Chefin der großen GS Wertingen. Seit 2020 sitzt Frau Grandé auch im Wertinger Stadtrat und vertritt dort die Kommune zusätzlich als 2. Bürgermeisterin. Langeweile – das kennt sie nicht! Um die vielen Herausforderungen in Schule, Verband und bürgerschaftlichem Engagement gut zu meistern und dabei gesund zu bleiben, entspannt sich die verheiratete Mutter von 2 erwachsenen Söhnen bei Nordic Walking, Yogaübungen und wenn möglich in ihrem schönen Ferienhaus. Einen Trost gab es noch zum Abschied: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben – wenn wieder möglich, dann wird nachgefeiert!“

Verena Bürkner

FÜSSEN

Füssener Pensionisten auf „Wassertour“

Das weltweit einzigartige Wassermanagement-System von Augsburg wurde zum Unesco-Welterbe ernannt. Das war für die Pensionisten des Füssener Kreisverbandes Grund genug einen Ausflug zu einer Führung mit dem Thema Wassertour „Nonnen und Nacktbader: G´schichten um das historische Augsburg und sein Wassersystem“ zu unternehmen. In Zeiten von Corona war das gar nicht so einfach, zumal just am Ausflugstag die „Corona-Ampel“ in der Bezirkshauptstadt auf „Rot“ umgeschaltet hatte. Das „Häufchen“ der acht Teilnehmer ließ sich dadurch nicht abschrecken und trat die Reise in einem eigenen Abteil der Regiobahn an. Der nötige Abstand wurde gewahrt. Die Führung bot, was sie versprach. Auf dem Weg waren Prachtbrunnen Anziehungspunkte, auch wenn sie schon winterfest „eingepackt“ waren. „Bereits 1412“, so erklärte der Stadtführer, „wurde der erste Brunnen vor dem Rathaus erbaut. Seit dieser Zeit gibt es auch die Trinkwasserversorgung in Augsburg.“ Einige der heute zahlreichen frisch sprudelnden Trinkbrunnen konnten die Teilnehmer auf der Tour entdecken. Die Flüsse Lech, Wertach und Singold fließen nicht durch Augsburg. Sie verzweigen sich in einem 135 km langen Netz von Bächen und Kanälen. Bei der Tour durch das idyllische Lechviertel, in dem die Kanäle offen liegen, bot sich der Vergleich mit Venedig an. Insgesamt gibt es 530 Brücken. Der Stadtführer erklärte schmunzelnd, dass diese oft nur zu einem einzigen Haus oder gar, wie er aufzeigte, zu einem Briefkasten führen. Verwundert waren die Füssener, dass die Bäche in ihrem Verlauf die Namen ändern. Dies wurde an der Stelle deutlich, wo der mittlere und hintere Lech beim Zusammenfluss den Schwallech bilden. Vor der Stadtmetzg, dem prächtigen Renaissancebau von Elias Holl, wies der Führer darauf hin, dass der vordere Lech sehr innovativ für die Kühlung verwendet wurde, indem man ihn einfach durch das Gebäude leitete. In der Nähe durften die Füssener das Wasserrad am Schwallech bewundern. Sie erfuhren auch, dass sich in früheren Zeiten Nacktbader vor dem Kloster St. Ursula einfanden. Floßfahrten gab es nicht nur auf dem Lech, wie in Füssen, sondern auch auf dem 23 Meter breiten Stadtgraben in Augsburg. Offenbar führte das einzigartige Wassermanagement im vorigen Jahrhundert zu kühnen Visionen beim Architekten Karl Albert Gollwitzer, der Augsburg zur Hafenstadt machen wollte. Die Gruppe erlebte bei der Führung Augsburg einmal anders als üblich. Mit großer Sorgfalt hatte die Betreuerin der Pensionisten, Edith Bielenberg, das Programm vorbereitet, in dem auch die Einkehr im Ratskeller und in einem Cafe nicht fehlten.

Klaus Bielenberg

GÜNZBURG

Im Austausch mit Mdl Johann Häusler

Auf Einladung des Kreisvorsitzenden Roland Grimm fand mit dem stllv. Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler am Freitag vor den Osterferien ein Austausch zum Thema „Auswirkungen der Corona-Maßnahmen auf die Schulpraxis“ statt. Weitere Gesprächsteilnehmerin war Ulrike Egger, Leiterin des Referats Schul- und Bildungspolitik und Ansprechpartnerin für die Förderschulen im Kreisverband. Aus den angedachten 60 Minuten wurden insgesamt knapp 90 Minuten, in denen zahlreiche Themen angesprochen und andiskutiert wurden. „Wir setzen alles gerne um, wenn es dem Wohle der Kinder und den Kolleginnen und Kollegen dient. Wir haben auch Verständnis dafür, dass der Virus größte Flexibilität fordert und wir momentan nur auf Sicht fahren können“, so Egger, „Es ist mehr als belastend und viele, gerade die Schulleitungen, sind am Ende ihrer Kräfte.“ Großes Thema waren die freiwilligen Selbsttest an den Schulen. Alle waren sich einig, dass der Grundgedanke des Testens ein wichtiger Beitrag

für mehr Sicherheit ist. Doch die Umsetzung wirft viele Fragen auf. Fragen, die unbedingt geklärt werden müssen und es muss auch klare Anweisungen geben. „Lehrkräfte dürfen nicht bei den Tests, auch nicht bei dem Aufbringen der Testflüssigkeit mithelfen“, so Grimm als eines von vielen Beispielen, „Gerade die Jüngsten in der Schule werden hier viele Probleme haben. Da wird es Unterstützung brauchen, die nicht Aufgabe einer Lehrkraft sein kann.“ Herr Häusler nahm die Bedenken der Lehrervertreter mit und versprach, dass er diese Punkte und die anderen angesprochenen Themen beim Minister persönlich vorbringen würde. Grimm und Egger waren sich einig, dass es ein äußerst konstruktives Gespräch war, bei denen sie sich verstanden und ernstgenommen fühlten. Zum Schluss stellte Herr Häußler in Aussicht, dass einmal ein Austausch mit dem Kultusminister stattfinden kann, welches die BLLV-Vertreter sehr begrüßten.

Roland Grimm

OBERALLGÄU

Bildungspolitik nach Corona – Stillstand oder Aufbruch?

Online-Veranstaltung des BLLV Oberallgäu mit dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags Thomas Gehring (Bündnis 90/Die Grünen), MDL Matthias Fischbach (FDP) und der Bezirksvorsitzenden des BLLV Schwaben Gertrud Nigg-Klee.

Unter Moderation des Kreisverbandsvorsitzenden Reinhard Gogl wurde die bildungspolitische Situation in der Schule nach einem Jahr mit der Corona-Pandemie zu den Themenschwerpunkten Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung und Personalnotstand beleuchtet, Schwachstellen aufgezeigt und mögliche Neuansätze diskutiert. Hierzu wurden Kernfragen formuliert, zu denen die einzelnen Teilnehmer Stellung nehmen konnten.

„Ein Jahr Schule mit Corona: Kommt die Bildung gestärkt oder geschwächt aus der Krise?“

Gertrud Nigg-Klee bewertet den digitalen Schub, der durch die Krise an den Schulen in unterschiedlichsten Ausprägungen ausgelöst wurde, als positives Signal. Das zunehmende Auseinandergehen der Bildungsschere sieht sie jedoch als gravierendste Folge der Pandemie und betont die Dringlichkeit, vielfältige Hilfskonzepte auf den Weg zu bringen. Hinzu komme die starke Mehrbelastung von Lehrkräften und Schulleitungen durch immer wieder sehr kurzfristig mitgeteilte neue Vorgaben und Anforderungen, welche ein hohes Maß an Flexibilität und Einsatzbereitschaft aller erfordern. Ebenfalls verschärft deutlich geworden sei der akute Lehrermangel, dem es dringend durch ein neues Lehrerbildungsmodell entgegenzuwirken gelte, wie es der BLLV vorgelegt hat. Matthias Fischbach ergänzt, dass sich an den grundsätzlichen Mechanismen auch in der Pandemie nichts Wesentliches verändert habe. Entscheidungen des Ministeriums werden zu kurzfristig

mitgeteilt, Versprechen nicht eingehalten, und Schulen alleine gelassen, was dazu führe, dass die Lösungen vor Ort sehr unterschiedlich ausfielen.
Ginge es nach Thomas Gehring, würde man erkennen und anerkennen, wie wichtig der Sozialraum Schule (besonders für schwächere Kinder) ist und die vorhandenen Gelder dementsprechend einsetzen, um mit ausreichend Material und Personal verlorenes Lernen bestmöglich nachzuholen.

„Wie können die notwendigen Rahmenbedingungen, Personal- und Zeitressourcen geschaffen werden, damit das pädagogische Potential bereits vorhandener Konzepte zu mehr Bildungsgerechtigkeit wie Individuelle Förderung, Inklusion und Integration auch zum Tragen kommt?“
Hierzu beschreibt Katharina Wezel, Leiterin des Referats Schul- und Bildungspolitik, die Überforderung der Lehrkräfte, welche mit den steigenden Aufgaben, die eine individuelle Lernbegleitung der Kinder mit sich bringt, alleine gelassen werden. Auch weist sie auf die unbefriedigende Situation im Hinblick auf das Festhalten an einem starren Leistungsbegriff im traditionellen System von Probearbeiten und Übertrittsdurchschnitten hin.
Matthias Fischbach spricht sich klar für Leistungsanforderungen aus, sieht jedoch positive Aspekte einer Talentorientierung und unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Keinesfalls dürften pädagogische Modelle wie die „Flexible Grundschule“ zu Sparmodellen werden. Auch schlägt er vor, die Ausstattung der einzelnen Schulen (sowohl finanziell als auch personell) an deren tatsächlichem Bedarf auszurichten. Personelle Engpässe könne man durch Leeren der Wartelisten der weiterführenden Schularten ausgleichen.
Thomas Gehring spricht sich für die Etablierung vielfältiger Möglichkeiten der Leistungserbringung und -rückmeldung aus, wodurch man individuellen Lernformen besser entsprechen könne. Zusätzliches Personal im Sinne multiprofessioneller Teams würden dem Anspruch auf Integration und Inklusion zugutekommen. Mit der Abschaffung des Übertrittsverfahrens könnten individuelle Leistungserfolge konsequenter in den Mittelpunkt gestellt werden.

„Welche Schritte und Maßnahmen halten Sie in Bezug auf das Thema Digitalisierung für notwendig und realisierbar?“
Doris Sippel (Leitung des Referats Medien im BLLV Schwaben) erklärte, dass es zwar in Sachen Digitalisierung einen Riesenschub an den Schulen gäbe, der Erfolg bisher zu oft vom Engagement Einzelner abhänge und man insgesamt in der Umsetzung den gesteckten Zielen hinterherhinke. Eine schnelle Umsetzung des Digitalpakts gestaltet sich aufgrund der unterschiedlichen kommunalen Strukturen schwieriger als gedacht, die universitäre Lehrerausbildung hinkt der schulischen Umsetzung hinterher und praktikable Supportlösungen fehlen.
Thomas Gehring plädiert dafür, durch stärkere Vernetzung auf kommunaler Ebene sowie Klärung der Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen klare und einheitliche Strukturen zu schaffen. Es müssten einheitliche Standards für alle Bereiche gelten, die Schulen und Lehrkräfte entlasten. Dazu müssten sowohl funktionierende Tools, als auch ausreichend Support zur Verfügung gestellt werden. Zudem müsse die Digitalisierung fest in der Lehrerbildung verankert werden.
Matthias Fischbach ergänzt, dass unsere Kinder in der Schule bestmöglich auf die digitale Welt vorbereitet werden müssten. Dazu sei es Aufgabe des Ministeriums, den rechtlichen Rahmen für digitale Unterrichtsformen zu schaffen, eine Lehrmittelfreiheit für digitale Medien zu garantieren sowie die Lehrkräfte durch Bereitstellung einer zentralen Plattform mit verschiedenen digitalen Werkzeugen zu unterstützen.

„Worauf führen Sie den Lehrermangel an Grund- und Mittelschulen zurück? Wie kann man diese Lehrämter attraktiver gestalten?“
Matthias Fischbach schlägt vor, Schulen grundsätzlich mit mehr Freiräumen und guter Finanzierung, angepasst an die Gegebenheiten vor Ort auszustatten sowie mehr Angestelltenverträge zu ermöglichen.
Thomas Gehring hält es für notwendig, durch eine Veränderung der Lehrerausbildung mehr Flexibilität und Planbarkeit für Studienanfänger und Absolventen zu schaffen, die Möglichkeiten für Quereinsteiger zu verbessern und die Wertigkeit des Berufs durch gleiche Bezüge für alle Lehrämter zu steigern.
Gertrud Nigg-Klee weist auf die Notwendigkeit der Nachqualifizierung von Quereinsteigern hin und betont ebenfalls die Forderung des BLLV nach gleicher Bezahlung, die Entlastung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams sowie die Neuorganisation der Studiengänge.

„Wenn ich Bayerischer Kultusminister wäre, dann…“
„… würde ich alles, was schulartübergreifend ansteht, auch mit den jeweiligen Schularten besprechen, mehr Kommunikation und Informationen von unten nach oben ermöglichen und letztlich darangehen, das ganze System zu verändern.“ (T. Gehring)
„… würde ich als erstes eine Bestandsanalyse machen, dann mit den Betroffenen vor Ort sprechen und Visionen angehen.“ (M. Fischbach)

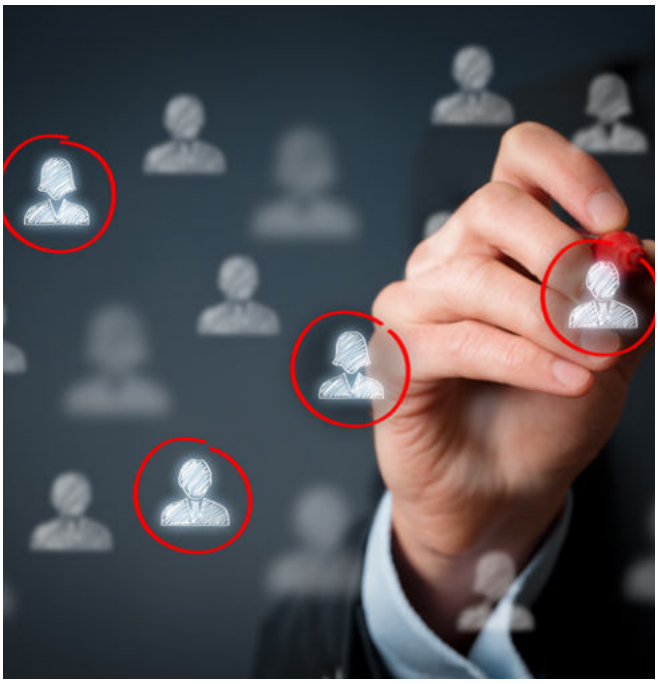
Katharina Wezel,
Margit Schuster

Personalratswahl 2021

Vom 22. bis 24. Juni 2021 finden in Bayern die Personalratswahlen statt. Weitere Information finden Sie auf der Homepage des BLLV Schwaben unter mehrkraft.bllv.de

MEHR KRAFT

Weitere Informationen unter
mehrkraft.bllv.de



Die nächste SLZ (3/2021) erscheint am Freitag, 17. September 2021.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: Freitag, 30. Juli 2021.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV)
Bezirksverband Schwaben
Leharstr. 6
86179 Augsburg
www.schwaben.bllv.de

Chefredakteurin:
Angelika Thome
presse@schwaben.bllv.de

Layoutgestaltung:
Miriam Thome; Seite 8 – 17 Christian Gerhart

Titelbild:
FILI CONCEPT | Communication, Sonthofen

Bildredaktion:
Jürgen Thome

Bildrechte:
Archiv BLLV, Archiv Junger BLLV, Kreisverbände im Bezirk Schwaben, shutterstock, Adobe Stock, StMAS

Druck:
OrtmannTe@m GmbH Crossmedia Druck
Gewerbestraße 9
83404 Ainring

Vorsitzende:
Gertrud Nigg-Klee
vorsitzende@schwaben.bllv.de

Geschäftsführer:
Christian Gerhart
Tel. 0821 8003873
geschaeftsstelle@schwaben.bllv.de

EDV/Mitgliederverwaltung:
Roland Grimm
edv@schwaben.bllv.de

Hat sich bei Ihnen etwas geändert?
Sind Sie umgezogen? Hat sich Ihre Teilzeitstundenzahl geändert? Sind Sie ab sofort in Elternzeit oder beurlaubt? Haben Sie eine neue Bankverbindung? Sind Sie pensioniert worden oder haben Ihre Altersteilzeit begonnen? Unterrichten Sie an einer anderen Schule?
Bitte geben Sie diese Informationen an den Kassier Ihres Kreisverbandes (Kontaktdaten finden Sie auf unserer Website) oder direkt an die Mitgliederverwaltung des BLLV.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen die Meinung der Verfasser dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder des BLLV.

Mehr Kraft